

Darstellung der neuen strategischen Grundlagen der Bundeswehr im 21. Jahrhundert

Michael Haid

Inhaltsverzeichnis

1. Hinleitung	S. 3
2. Der Zweck der Strategie-Papiere	S. 5
3. Bedrohungen	S. 6
4. Risiken	S. 6
5. Einsatzoptionen der Bundeswehr	S. 7
6. Interessen	S. 10
7. Das Fähigkeitsprofil	S. 13
8. Das Bundesministerium der Verteidigung	S. 13
9. Die Innere Führung	S. 15
10. Die Wehrpflicht	S. 16
11. Die Streitkräftestruktur	S. 17
12. Die Zielgrößen der Streitkräfte	S. 22
13. Die bisherigen Umsetzungen der Strukturentscheidungen	S. 24
14. Analyse der vorhandenen Waffensysteme	S. 30
15. Die Wirtschaftskooperation	S. 35
16. Die Qualifizierungs-und Bildungsoffensive und das Attraktivitätsprogramm	S. 37
17. Maßnahmen	S. 38
18. Der Verteidigungshaushalt	S. 40
19. Die Wirtschaftlichkeit von Beschaffung und Betrieb	S. 42
20. Resumee	S. 43

Hinleitung

Der vorliegende Beitrag ist eine Beschreibung der elf Bundeswehr-Strategiepapiere, die unter der rot-grünen Bundesregierung im Zeitraum zwischen Mai 1999 und Juli 2001 veröffentlicht wurden.

Die rot-grüne Bundesregierung will eine in Strategie, Struktur und Ausrüstung grundlegend neue Bundeswehr, die im euro-atlantischen Raum multinational auf mehrere Einsatzarten flexibel reagieren und die neuen deutschen, europäischen und NATO-Interessen militärisch durchsetzen kann.

Der erste Schritt einer Herausbildung zu einer neuen Bundeswehr unter rot-grün war die "Bestandsaufnahme¹" vom 3. Mai 1999 über den Zustand und die Möglichkeiten der Umstrukturierung der Bundeswehr. Parallel dazu hatte die sogenannte Weizsäcker-Kommission ihre Tätigkeit aufgenommen und am 23. Mai 2000 ihren Bericht² zur Zukunft der Bundeswehr vorgelegt. Verteidigungsminister Scharping, über den aktuellen Stand des Berichts bestens informiert, beauftragte seinen damaligen Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach ein Konkurrenzpapier zum Weizsäcker-Bericht aus Sicht der Militärs zu verfassen, in dem die inhaltlichen Vorgaben die Effektivierung der Bundeswehr, Nato-Kompatibilität und aufgrund der absehbaren kritischen Position der Weizsäcker-Kommission die Erhaltung der Wehrpflicht waren. Am selben Tag wie der Weizsäcker-Bericht erschien das Papier der Militärs. Das Kirchbach-Papier³ stellte Verteidigungsminister Scharping ebenfalls nicht zufrieden, vor allem wegen der fehlenden Konzentration der Finanzierung auf „dringende Rüstungsvorhaben“. So mußte von Kirchbach zurücktreten und seinem Nachfolger Harald Kujat Platz machen. Von diesem ließ Scharping sich ein eigenes Strategie-Papier⁴ erstellen, das die Grundlage für die Umstrukturierung der Bundeswehr bildet und am 14. Juni 2000 veröffentlicht wurde. Alle dann nachfolgenden Berichte stellen Spezialisierungen und Vertiefungen in Teilbereichen der Reform dar.

- Bestandsaufnahme- die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert 3. Mai 1999 (im folgenden „Bestandsaufnahme“ genannt)
- Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr- Bericht der Kommission an die Bundesregierung 23. Mai 2000 (im folgenden „Weizsäcker-Bericht“ genannt)
- Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte 23. Mai 2000 (im folgenden „Eckwerte“ genannt)
- Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert- Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf 14. Juni 2000 (im folgenden „Eckpfeiler“ genannt)

- Neuausrichtung der Bundeswehr- Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen 11. Oktober 2000 (im folgenden „Grobplanung“ genannt)
- Entwurf des Ressortkonzepts zu Feinausplanung und Stationierung 29. Januar 2001 (im folgenden „Feinausplanung“ genannt)
- Die Bundeswehr der Zukunft- Ressortkonzept Stationierung 16. Februar 2001 (im folgenden „Ressortkonzept“ genannt)
- Material-und Ausrüstungskonzept für die Streitkräfte der Zukunft (MatKonz) 16. März 2001 (im folgenden „Materialkonzept“ genannt)
- Die Bundeswehr der Zukunft- Sachstand der Reform 1. Juni 2001 (im folgenden „Sachstand“ genannt)
- Entwurf zum Gesetz der Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz- BwNeuAusrG) 20. Juli 2001 (im folgenden „Neuausrichtung“ genannt)
- Entscheidung der Bundesregierung- Zur Reform der Bundeswehr 25. Juli 2001 (im folgenden „Entscheidung“ genannt)

Die erste Veröffentlichung nach den Scharping`schen „Eckpfeilern“ war am 11. Oktober 2000 die sogenannte „Grobplanung“⁵, indem die zukünftige Struktur der Bundeswehr vorskizziert wurde. Nachfolgend erschienen die „Feinausplanung“⁶ am 29. Januar 2001, wonach die Standortentscheidungen geplant, sowie am 16. Februar 2001 das „Ressortkonzept“⁷, in dem die Standortentscheidungen festgeschrieben wurden und der gesamte Umbau der Bundeswehr als Standortdebatte reduziert durch die deutsche Medienlandschaft ging.

Ein wesentlicher Meilenstein in der Umwandlung der Bundeswehr war das am 16. März 2001 erschiene „Material-und Ausrüstungskonzept“⁸. Dieses Konzept analysiert die vorhandenen Waffensysteme auf ihre Tauglichkeit im Rahmen der Neuausrichtung der Streitkräfte und legt eine detaillierte Liste von Neubeschaffungen vor.

Der erste Zwischenstopp wurde am 1. Juni 2001 mit dem Sachstand zur Reform⁹ eingelegt, in dem die bisherigen Umsetzungen analysiert und Fehler korrigiert wurden. Das Gesetz zur Neuausrichtung¹⁰ der Bundeswehr vom 20. Juli 2001 legt die rechtlichen Voraussetzungen für die Bundeswehr-Reform fest. Das Gesetz passierte den Bundesrat im Dezember und ist somit im neuen Jahr gültig. Das zuletzt erschiene Papier¹¹ fünf Tage später, reiht die gesetzlichen Initiativen in den Gesamtzusammenhang der Reform ein und skizziert ihre wesentlichen Auswirkungen auf die Streitkräfte und die Wehrverwaltung.

Der Zweck der Strategie-Papiere

Die Intentionen der behandelten Strategie-Berichte und Papiere des Bundesministeriums der Verteidigung beziehungsweise im Auftrag erstellten Berichte und Papiere lassen sich grob in drei Zeitspannen einteilen. Die erste Zeitspanne reicht bis zur Veröffentlichung „Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf“ des Verteidigungsministers Scharping im Juni 2000. Bis dorthin wurden Vorschläge in der „Bestandsaufnahme“ (Mai 1999), dem Bericht der sogenannten Weizsäcker-Kommission und den „Eckwerten“ (beide Mai 2000) des ehemaligen Generalinspektors Hans-Peter von Kirchbachs zur künftigen Ausrichtung der Bundeswehr gemacht. In diesen Papieren wurde die Strategie der zukünftigen Bundeswehr festgelegt. Die Bundeswehr war in der Zeit der Ost-West-Konfrontation als Verteidigungsarmee nach dem Muster der großen Panzerschlachten des Zweiten Weltkriegs konzipiert worden. Aufgrund der neuen geopolitischen Bedingungen und des zunehmenden Anspruchs der Bundesregierung machtpolitischen Einfluß auch mit militärischen Mitteln zu gewinnen, wurde nun eine Interventionsarmee mit „leichten“, verlegbaren Kräften in schwer zugänglichen Gebieten gefordert¹². In den Konzepten bis zu den „Eckpfeilern“ wurde die Reformierung der Strategie realisiert.

In der zweiten Phase von Juni 2000 bis Februar 2001 wird nun die Struktur der Streitkräfte verändert. Vor allem das „Eckpfeiler“-Papier (Juni 2000), die „Grobausplanung“ (Oktober 2000), die „Feinausplanung“ (Januar 2001) und das „Ressortkonzept“ (Februar 2001) stellen die zentralen Planungen zur Neukonzeptionierung dar. Diese Neustrukturierung der Streitkräfte ist angelaufen und wird laut Planung des Bundesverteidigungsministeriums bis Ende 2004 abgeschlossen sein. Die Teilstreitkräfte der Bundeswehr werden von ihrer Struktur her von logistischen Aufgaben etc. *„entlastet und können sich auf ihre Einsatzaufgaben konzentrieren“* („Eckpfeiler“, S.37). *„Wir korrigieren falsche Strukturen, straffen die Bundeswehr moderat und machen sie gleichzeitig leistungsfähiger und effizienter, indem wir die Einsatzaufgaben in den Mittelpunkt stellen“* („Entscheidung“, S.2)

Die letzte Phase verwirklicht die am neuen Fähigkeitsprofil ausgerichtete, zukünftige Ausrüstung der Streitkräfte. Wichtigstes Element ist das „Material-und Ausrüstungskonzept“ (März 2001) der Bundeswehr. Die Veröffentlichung dient der Analyse des vorhandenen Rüstungsmaterials und entscheidet darüber, ob das Waffenmaterial ausgesondert, „kampfwertgesteigert“ oder Neubeschaffungen getätigt werden. Das

„Sachstand“-Papier (Juni 2001) untersucht die diesbezüglichen Pilotprojekte und gibt den aktuellen Stand „*der Reform von Grund auf*“ („Eckpfeiler“) wieder.

Bedrohungen

Eine präzise Lokalisierung der Staaten, von denen eine Bedrohung ausgehen soll, ist schwierig. Alle Veröffentlichungen formulieren diesbezüglich erwartungsgemäß sehr vage. Die Bedrohungskulisse soll aus „*instabilen Regionen und Staaten*“ bestehen, die „*Krisen und militärische Auseinandersetzungen auslösen*“ können („Bestandsaufnahme“, S.13), und die „*außerhalb des euro-atlantischen Raumes*“ liegen sollen („Weizsäcker-Bericht“, S.25). Der Bedrohungsstreifen soll sich also an der Peripherie der Nato-Bündnisstaaten entlang ziehen. Die wahrscheinlichste Annahme für Militäreinsätze wird die Festsetzung des Einsatzradius von 4.000 km um Brüssel im Amsterdamer Vertrag¹³ sein. Diese Möglichkeit bezieht Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten, das Kaspische Becken und Osteuropa mit Gebieten bis hinter Moskau mit ein. Die jüngsten Entwicklungen des Krieges in Afghanistan und die deutsche Beteiligung daran lassen den Schluß zu, daß sich dieser Bedrohungsbogen mindestens bis Afghanistan ziehen wird. Ein weiteres Indiz für diese Annahme findet sich im "Materialkonzept", das „*Einsatzräume mit bis zu mehreren Tausend Kilometern im europäischen Umfeld*“ („Materialkonzept“, S.25) als Einsatzgebiet der Bundeswehr ansehe.

Risiken

Die „Bestandsaufnahme“ gestattet einen tiefen Einblick in das diagnostizierte Risikopotential der Welt.

- Ökonomische, ethnische oder religiöse Spannungen in Verbindung mit politischen Konflikten (S.13)
- „Menschen-,Waffen und Rauschgifthandel, Schutzgelderpressung und Wirtschaftsverbrechen“ (S.13)
- „Einfluß von internationalem Terrorismus und organisierter Kriminalität“ (S.13)
- „religiöse Radikalisierung, zunehmender Wassermangel und (daraus resultierende) politische Folgeprobleme“ (S.13)
- „rasantes Bevölkerungswachstum“ (S.13)

- Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen (S.13)
- „Gefahr von politischem Extremismus und religiösem Fanatismus“ durch „Migration und Flüchtlingsströme“ (S.13)
- neuartige Risiken durch die weltweite „Vernetzung und einer zunehmenden Abhängigkeit von Kommunikations-und Informationssystemen“ (S.14)
- „Nationalismus, ethnische Konflikte und die Verfolgung von Minderheiten“ sowie die weltweite Zunahme von „Armut, Kriege und Kriminalität“ (S.157).

Diese Risikoanalyse hält sich durch alle anderen Veröffentlichungen hindurch aufrecht, nur der „Weizsäcker-Bericht“ sieht als künftiges Risiko *„Störungen bei der Einfuhr von Gütern und Rohstoffen insbesondere bei der Lieferung von Erdöl“* („Weizsäcker-Bericht“, S.25) als besonders hervorhebungswürdig an. Auffallend ist in dieser Auflistung die überdurchschnittliche Nennung von Verbrechen wie Schutzgelderpressung und Wirtschaftsverbrechen als Risiken, die die Bundeswehr bekämpfen will, aber in der Vergangenheit immer in den Bereich des polizeilichen, zivilen und nicht militärischen Konfliktlösungsfeldes gehörten. Eine Ausnahme bieten nur die "Eckwerte". In ihnen heißt es, dass die *"Abwehr grenzüberschreitender terroristischer Aktionen und organisierter Kriminalität (...) in Deutschland auch künftig eine polizeiliche Aufgabe"* ("Eckwerte", S.6) bleibe.

Einsatzoptionen der Bundeswehr

Die Entwicklung hin zur endgültigen Festlegung auf eine Strategie ist bemerkenswert. Die *„Hauptverteidigungskräfte und die Krisenreaktionskräfte (werden) zu Einsatzkräften zusammengefasst . Die Einsatzkräfte werden in abgestufter Verfügbarkeit bereitgestellt und eng mit den Kräften zur Vorbereitung der Landesverteidigung verklammert“*. („Eckpfeiler“,S.28). Das Konzept von Einsatzkräften stehe seither fest, aber die Anzahl der teilnehmenden SoldatInnen , die Art der Operationen und die Dauer der Einsätze nicht. Durch den Beschluss zur Aufstellung einer EU-Eingreiftruppe von 60.000 SoldatInnen will die Bundesregierung das stärkste Kontingent stellen. Es soll nahezu ein Drittel der gesamten europäischen Interventionsarmee umfassen und allein 18.000 SoldatInnen des Heeres an der EU-Truppe beteiligt

werden. Die europäische Truppe soll aber nur zum Einsatz kommen, wenn die Nato als Ganzes sich nicht zum Eingreifen entschließen sollte.

Aus der jeweiligen Lage ergäbe sich die Zusammensetzung der deutschen Streitkräfte, die *„gegebenenfalls innerhalb weniger Tage im Einsatzgebiet bereitstehen und bis zu mehreren Jahren durchhaltetfähig sein“* (Eckpfeiler“,S.10) sollen. Die Forderung an die EU-Eingreiftruppe lautet: sie müsse in der Lage sein

- eine große Operation mit bis zu 50.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte über einem Zeitraum von bis zu einem Jahr
- oder zwei mittlere Operationen mit bis zu 10.000 Soldaten über mehrere Jahre
- sowie jeweils parallel dazu mehrere kleine Operationen durchzuführen (Eckpfeiler“, S. 25).

Die „Bestandsaufnahme“ sah noch eine Trennung von Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräften vor. Seit diesem Zeitpunkt gäbe es nur noch Einsatzkräfte.

Die „Weizsäcker-Kommission“ zieht dazu den Schluss, dass *„die Fähigkeit zur gleichzeitigen und zeitlich unbefristeten Beteiligung an bis zu zwei Kriseneinsätzen“* (Weizsäcker-Bericht“,S.14) hergestellt werden soll und zwar mit *„Einsatzkräften in der Größenordnung von zwei Einsatzkontingenten in Brigadestärke (insgesamt bis zu 16.000 Soldaten)“* (Weizsäcker-Bericht“, S.14) mit Luft- und Marinekomponenten.

Im Dezember 1999 entschied *„der Europäische Rat in Helsinki, dass die Mitgliedstaaten bis 2003 in der Lage sein müssen, gemeinsam binnen 60 Tagen 50.000-60.000 Soldaten, ergänzt durch See- und Luftstreitkräfte, an einem Krisenherd jenseits des Natogebiets zu entsenden und ein Unternehmen diesen Umfangs mindestens ein Jahr lang aufrechtzuerhalten“* (Weizsäcker-Bericht“,S.35) Dieser Beschluss ist der Kern der Strategie der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik und wurde im „Eckpfeiler-Papier“ vollständig übernommen.

Das „Materialkonzept“ entwickelte das Konzept der Einsatzkräfte in einem Streitkräftedispositiv weiter. Die Nato muss über die Fähigkeit verfügen (und als Bündnispartner richtet sich Deutschland daran aus), *„3 Korps-große Operationen gleichzeitig über einen lang andauernden Zeitraum zu führen (...).Dies schließt die Fähigkeit mit ein, mehr als 3 Operationen gleichzeitig zu führen, die kleiner als Korps-groß sind, sowie die Flexibilität, in Anfangsphasen auch Operationen zu führen, die stärker als Korps-groß sind.“*(Materialkonzept“, S.25)

Die dazu benötigten Einheiten der Einsatzkräfte werden in verlegefähige High Readiness Forces (HRF) (Schnell verfügbare Truppen) und Forces of Lower Readiness

(FLR) (Truppen geringerer Verfügbarkeit) unterschieden. Im unwahrscheinlichen Fall von "Large Scale Operations for Collective Defence" (Operationen für die Kollektive Verteidigung/Bündnisfall) werden "Long-term Build Up Forces" (Truppen, die sehr lang brauchen um militärisch verfügbar zu sein) und nicht-verlegefähige "In Place Forces" (das deutsche Äquivalent sind die Truppen der militärischen Grundorganisation) bereitgehalten.

Einsätze nach Artikel 5 und nicht Artikel 5 des Nato-Vertrages erfordern die gleichen Schlüsselfähigkeiten. Artikel 5 fordert die Beistandspflicht der Mitglieder ein. Sollte einer der Mitglieder der Nato das Ziel eines Angriffs werden, so werden ihm die anderen Bündnisstaaten in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung nach eigenem Ermessen leisten. Kurz verdeutlicht besagt der Artikel 5, dass ein Angriff auf einen Staat des Bündnisses als ein Angriff auf alle Bündnisstaaten angesehen wird. Dieser Umstand bedeutet aber auch, dass die Nato nicht militärisch aktiv werden kann, wenn sie nicht zuvor angegriffen wurde. Deshalb wurden im neuen strategischen Konzept¹⁴ der Nato von 1999 Nicht-Artikel 5 Einsätze legitimiert. Nicht-Artikel 5 Einsätze sind Einsätze der Nato, die außerhalb des Bündnisgebiets stattfinden. Der Jugoslawien-Krieg vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 war die Exekution des neuen strategischen Konzeptes der Nato durch den ersten Nicht-Artikel 5 Einsatz. Aus diesem Grund werden die Aufgaben nicht mehr nach den Verpflichtungen gegenüber der EU und der VN unterschieden, sondern diese Aufgaben sind im Fähigkeitsspektrum der Nato mit enthalten. Vor diesem Hintergrund wird ein "Single Set of HQ's and Forces" (eine Auswahlpalette von Stäben und Truppen) zusammengestellt, aus dem nach dem Prinzip "Force-Pooling, Force-Packaging, Mission-Tailoring"¹⁵ Streitkräftepakete zeit- und bedarfsgerecht für Nato, EU und VN verfügbar gemacht werden. Das Prinzip ist das gleiche wie bei einem Baukasten. Je nachdem was man bauen möchte, sucht man sich die benötigten Bausteine aus dem Kasten und fügt sie zusammen.

Aus den Erfordernissen der Nato ergibt sich nun ein multinationaler Landstreitkräftebedarf *„von neun verlegefähigen Hauptquartieren der Korps-Ebene mit entsprechenden Truppenkörpern (...) der Seestreitkräftebedarf umfasst drei seegestützte HRF HQ (Hauptquartiere der Schnellen Eingreiftruppen) mit bis zu insgesamt 9 multinationalen "Maritime Task Forces" (Marineverbände). Die Luftstreitkräfte werden (..) über zwei verlegefähige Combined Air Operations Centre verfügen, denen einsatzabhängig und fähigkeitenorientiert Verbände zugeordnet werden.“* ("Materialkonzept", S.25)

Wenn das der EU zugesagte Streitkräftekontingent von 18.000 Soldaten vollständig zum Einsatz komme, sei die Beteiligung an weiteren Operationen der Nato oder den Vereinten Nationen nur begrenzt möglich. *„Vor diesem Hintergrund (...) sind von der Bundeswehr zwei streitkräftegemeinsame Kontingente von rund 10.000 und ein Kontingent von 1.000 Soldaten vorzusehen“* („Materialkonzept“, S.26)

Um diese Strategie verfolgen zu können, müssen die Teilstreitkräfte zum Nachgeordneten in der Lage sein.

Heer:

Kräfte in der Größenordnung einer Division (große Operation) oder Beiträge zu zwei multinationalen Kontingenten (mittlere Operation) in Stärke von mindestens einem Brigade-Äquivalent sowie einem weiteren geringeren Umfangs zu stellen. Darüberhinaus an kleinen Operationen in Verbandsstärke teilzunehmen.

Luftwaffe:

Bereitstellung von zwei Einsatzkontingenten und Unterstützung von kleineren Operationen

Marine:

Bereitstellung von zwei Einsatzgruppen und Unterstützung von kleineren Operationen

Streitkräftebasis und Zentraler Sanitätsdienst:

bedarfsgerechte Unterstützungsleistung und darauf zugeschnittene Verbände für die Streitkräftekontingente

Der „Sachstand“ stellt endgültig die Zweiteilung der Bundeswehr in Einsatzkräfte und Militärischer Grundorganisation nach dem Streitkräftedispositiv des „Materialkonzepts“ fest. Diese Feststellung bedeute die Aufhebung der bisherigen Einteilung der Streitkräfte in Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräften.

Interessen

Es können nur Interessen genannt werden, die in den Strategie-Papieren aufgeführt sind. Deshalb werden diejenigen weggelassen, die jeder Staat aufgrund seiner Existenz meint zu besitzen. Genannt werden die interessanten und neu definierten Interessen, die aus diesem Schema herausfallen. Neu ist in dieser Hinsicht, dass die Bundesregierung die Bundeswehr bei der *„Gefährdung vitaler Sicherheitsinteressen“* („Bestandsaufnahme“, S.157) einsetze. Die aktive Beteiligung bei der *„internationalen Friedenssicherung“* („Bestandsaufnahme“, S.157) werde als nationales Interesse an-

gesehen um bei schwersten Menschenrechtsverletzungen oder humanitären und ökologischen Katastrophen eingreifen zu können. Die Erfahrung des Jugoslawien-Kriegs 1999 (in diesem Zeitraum wurde die „Bestandsaufnahme“ verfasst) trägt eher zu der Vermutung bei, dass schwerste Menschenrechtsverletzungen nicht der Grund zum Eingriff war, sondern die Legitimation für die Durchsetzung von „vitalen Sicherheitsinteressen“. Diese „Sicherheitsinteressen“ sind durchaus auch ökonomisch zu verstehen. Die Bundesrepublik hat ein erhebliches Interesse an der Installierung der Marktwirtschaft als einzige wirtschaftliche (und gesellschaftliche) Organisationsform in der Welt. Die *„Ziele deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik“* seien auch die *„Stärkung einer auf marktwirtschaftlichen Regeln basierenden (...) Weltwirtschaftsordnung“* („Eckwerte“, S.6)

Aus dem europäischen Blickwinkel der Interessenlage gesehen ist die Verwirklichung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vorrangig zur Übernahme von mehr europäischer Verantwortung (und deutschen Einflusses) innerhalb der Nato mit dem Aufbau von militärischen Fähigkeiten und Mittel Europas zu betrachten.

Der „Weizsäcker-Bericht“ erhellt die Interessen Deutschlands an Bündnissen (Nato wie EU) deutlicher. Deutschland habe eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, die sich nicht mehr im nationalen Alleingang lösen lassen. Daher könne die Bundesrepublik „ihre nationalen Interessen“ nur noch im Bündnis mit anderen Staaten durchsetzen. Das Bündnis anderer Staaten bilden die Europäische Union und die Nato. EU und Nato würden einen *„Stabilitätsraum“ bilden*, der *„nach innen zu stärken und nach außen zu erweitern“* sei. Dies sei *„vorrangiges deutsches Sicherheitsinteresse“*. („Weizsäcker-Bericht“, S.24) Es geht also um die geographische und machtpolitische Erweiterung von EU und Nato. Ein Interesse, das die Bundesrepublik nur mit Hilfe der Bündnisse erreichen zu können glaubt, ist als zweitgrößter Handelsstaat der Erde *„ein elementares Interesse am Funktionieren eines offenen Weltwirtschaftssystems und eines freien Seeverkehrs“* („Weizsäcker-Bericht“, S.25) zu haben.

Die „Eckwerte“ sehen die *„Stabilisierung der sicherheitspolitischen Lage im euroatlantischen Raum“* im Kontext der Bündnis-Interessen („Eckwerte“, S.4) als oberste Priorität an. Voraussetzung für einen wachsenden Einfluss *„ist eine größere europäische Handlungsfähigkeit. Diese verlangt die Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI)¹⁶ innerhalb der Allianz. Weiterhin hängt sie zwingend von der Fortentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*

(ESVP)¹⁷ der Europäischen Union ab.“(“Eckwerte“,S.4) Die Europäische Union, und als mächtigster Staat der EU Deutschland, werden nun künftig Petersberger-Aufgaben¹⁸ übernehmen, wenn sich die Nato als Ganzes nicht zum Eingreifen entschließe. Das Ziel sei eine eigene europäische Außen-und Militärpolitik.

Zur Sicherstellung der Mitsprache in der Nato will sich die Bundesrepublik als Nicht-Atomwaffenstaat, die „Fähigkeit zur nuklearen Teilhabe“ (“Materialkonzept“,S.15) erhalten. Die Bundesrepublik darf keine Atomwaffen besitzen, trotzdem sind auf deutschem Staatsgebiet hauptsächlich us-amerikanische Atomraketen stationiert. Die Bundesregierung möchte sich ein gewisses Maß an Mitsprache, die sogenannte nukleare Teilhabe, erhalten, gegen den Preis Deutschland weiterhin als Raketenstartrampe gegen Osteuropa zu missbrauchen.

Die beschriebenen Risiken, die eingeschlagene Strategie der Streitkräftestruktur und die nationalen Interessen ergeben die Einsatzoperationen der Bundeswehr. Zum besseren Verständnis der Vielzahl an Einsatzarten sind diese in vier Bereiche aufgeteilt. Erstens die Präventionseinsätze (z.B.Konfliktvorbeugung), zweitens die Hilfeinsätze (z.B. Katastrophenhilfe), drittens die Bündnisbedingten Einsätze (z.B. Kollektive Verteidigung) und viertens die Kriegseinsätze (z.B. Friedensschaffende Operationen).

Die „Bestandsaufnahme“ kennt noch die klassischen drei Aufgabenfelder. Den unwahrscheinlichen Fall der Landes-und Bündnisverteidigung als bündnisbedingten Einsatz, die Konfliktvorbeugung und Krisenbewältigung¹⁹ als Präventionseinsätze und die Hilfe bei Katastrophen und Notlagen²⁰ als Hilfeinsätze.

Als neue Aufgabenoptionen kommen im Weizsäcker-Bericht die Kriegseinsätze hinzu:

Friedenseinsätze²¹, "friedensbewahrende" und "friedens erzwingende" Operationen und Krisenreaktions-Einsätze. Diese Kriegseinsätze ergänzt das „Materialkonzept“ um die Begriffe Kampfeinsätze mit hoher Intensität, Spezialoperationen und dem friedensschaffender²²- und erhaltender Auftrag. Durch diese Aufgaben im Bereich der Kriegseinsätze hat sich die Bundesrepublik in die Möglichkeit versetzt, ihre Interessen militärisch durchzusetzen.

Das Fähigkeitsprofil

Das Fähigkeitsprofil der Streitkräfte leitet sich von den eingegangenen internationalen Verpflichtungen gegenüber der EU und Nato sowie den daraus resultierenden Aufgaben ab. Im „Materialkonzept“ wird ein dreistufiges Modell der aufzubauenden Fähigkeiten erstellt. Als erstes kommen die Verpflichtungen, auf denen die Fähigkeitsdefinitionen fußen, dann die streitkräftegemeinsamen Fähigkeiten, als Kernfähigkeiten, und schließlich die Gesamtheit der Fähigkeiten.

Internationale Verpflichtungen:

Die internationalen Verpflichtungen fanden auf drei Ebenen, der Nato, der EU und der Vereinten Nationen, statt.

- a) - Strategisches Konzept der Nato²³
 - "Defense Capabilities Initiative (DCI)²⁴ "
- b) - "European Headline Goal (EHG)²⁵"
- c) - "Standby Arrangement Systems"²⁶ der Vereinten Nationen

streitkräftegemeinsame Bedeutung der Fähigkeiten/ Kernfähigkeiten:

- Führung /Führungsunterstützung - strategische Aufklärung - strategischer Transport

Gesamtheit der Fähigkeiten:

- Führungsfähigkeit - Nachrichtengewinnung und Aufklärung - Mobilität - Wirksamkeit im Einsatz - Unterstützung und Durchhaltefähigkeit - Überlebensfähigkeit - Schutz des Soldaten

Dieses Fähigkeitsprofil verlange einen Bedarf an „hoch qualifiziertem, flexiblem und motiviertem Personal“, an „rasch verfügbaren, einsatzbereiten, mobilen und durchhaltefähigen Truppenteilen für ein breites Spektrum unterschiedlicher Anforderungen“, an eine „leistungsfähige und weitreichende Führungsorganisation für multinationale und streitkräftegemeinsame Einsätze“ und an eine „ technisch moderne und interoperable Bewaffnung und Ausrüstung“ („Sachstand“, S.3).

Das Bundesministerium der Verteidigung

Von der geplanten Umwandlung der Streitkräfte von einer Verteidigungsarmee in eine Interventionsarmee blieb der „Kopf“ der Bundeswehr, das Verteidigungsministerium (BMVg), nicht unberührt. Das Ziel der Umgestaltung des BMVg ist es, die „*Neuorganisation der Bundeswehrverwaltung (..) zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen fortzuentwickeln, das in Kooperation mit der Wirtschaft ein*

Höchstmaß an Unterstützungsleistung für die Streitkräfte erbringt“ (“Feinausplanung“,S.9). „Das Ministerium wird in einem ersten Ansatz an den Leitgedanken übergreifender Aufgabenwahrnehmung sowie Effizienz und Wirtschaftlichkeit durch Zusammenfassung zersplittert wahrgenommener Aufgaben und Zuständigkeiten neu ausgerichtet.“ (“Grobausplanung“, Kapitel I, Abschnitt „Neue Organisationselemente“)

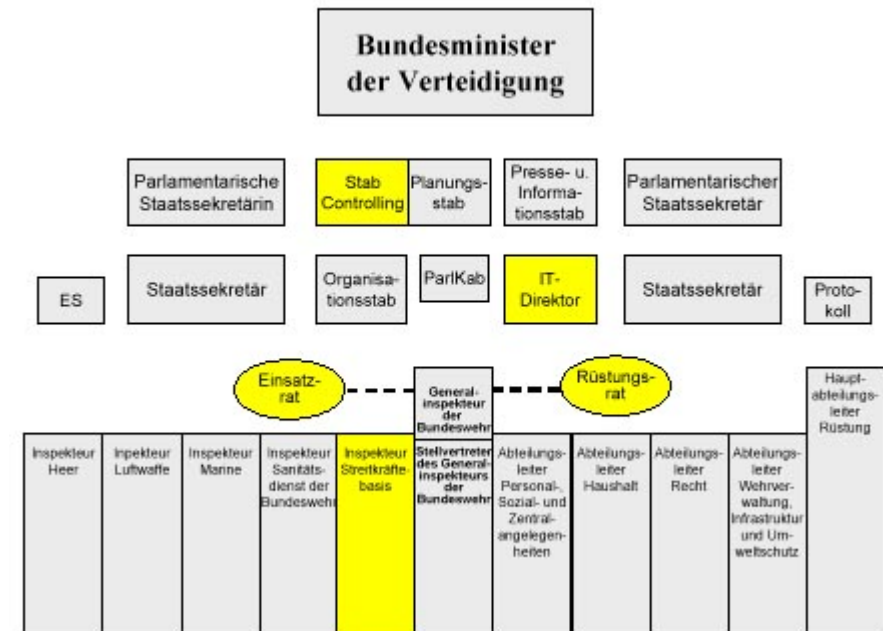
Die Führung des BMVg hat unter diesem Aspekt Maßnahmen für die Umgestaltung ergriffen.

Die (neuen) Teilstreitkräfte wurden auf je ein Führungskommando und ein Amt gestrafft. Nun wurden die neuen Teilstreitkräfte Streitkräftebasis und Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr geschaffen. Außerdem wurde die Reduzierung auf vier Wehrbereichsverwaltungen eingeleitet.

Gleichzeitig mit der Straffung des BMVg wurden neue Abteilungen und Stäbe gebildet.

- der bisherige militärische Organisationsbereich "Zentrale Militärische Dienste" wird gestärkt und zur Streitkräftebasis ausgebaut, die vom 1.Oktober 2000 an von dem neu aufgestellten Streitkräfteunterstützungskommando geführt werden (S.34)
- der zentrale Sanitätsdienst wird auf die Anforderungen des Einsatzes ausgerichtet und unter einem Sanitätsführungskommando zusammengefasst. (S.36)
- Der Einsatzrat ist zuständig für die Planung, Vorbereitung und Führung von Einsätzen der Bundeswehr
- Auslandseinsätze werden künftig von einem Einsatzführungskommando geplant und geführt
- Die Stellung des Generalinspektors wird gestärkt
- Zum 1. Dezember 2000 wurde im BMVg ein Rüstungsrat eingerichtet, der die erforderlichen Aktivitäten zur Materialbeschaffung der Bundeswehr koordiniert.
- Zum 1.August 2000 wurde das Informationsmanagement der Bundeswehr unter einem IT-Direktor zusammengefasst
- Am 1.März 2001 wurde ein Stab Controlling gebildet, der die Leitung des BMVg bei der zentralen Steuerung und Umsetzung langfristiger Zielsetzungen übernimmt
- Das neue Verfahren zur Bedarfsermittlung und -deckung - Customer, Product, Management (CPM)- wird die Entwicklungs-und Beschaffungsabläufe für Wehrmaterial straffen und wesentlich beschleunigen.

Die Grafik zeigt den zukünftigen Aufbau des BMVg.



(Quelle: http://www.bundeswehr.de/ministerium/organisation/neue_bmvg_struktur.html)

Im „Sachstand“-Papier werden die personellen Reduzierungen des BMVg seit 1990 aufgeführt:

- eine von 13 Abteilungen/ Führungsstäben
- 19 von 61 Referaten
- circa 2.200 von 5.500 Dienstposten

Die Innere Führung

Das Konzept der "Inneren Führung" wird innerhalb der Bundeswehr-Reform nicht weiterentwickelt. Sie bleibt seit ihrer Ausarbeitung in den fünfziger Jahren bestehen. „Sie hat sich als Führungsphilosophie der Bundeswehr bewährt und wird in der Zukunft beibehalten werden“ („Bestandsaufnahme“, S.17) Kern der Konzeption ist der "Staatsbürger in Uniform", mit dem die "Allgemeine Wehrpflicht" begründet wird. „Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform bindet die Streitkräfte in die Gesellschaft ein.“ („Bestandsaufnahme“, S.18)

Für die Bundeswehr haben sich drei wesentliche Traditionslinien herausgebildet:

- die preußischen Reformer um Scharnhorst

- die Männer und Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus
- die 45 jährige eigene Geschichte

So jedenfalls die offiziellen Angaben. Tatsächlich spielt der Bezug zur Wehrmacht eine wesentliche Rolle.²⁷

Anhand der wenigen Daten der Synopse zum Thema "Innere Führung" kommen wir zu folgendem Schluss, dass die Bundeswehr-Führung diesem Konzept einen geringen Stellenwert einräumt.

Die Wehrpflicht

Eine große Streitfrage der Vergangenheit war, ob die Wehrpflicht abgeschafft oder erhalten werden sollte. Die Weizsäcker-Kommission diskutierte dieses Thema kontrovers und kam mehrheitlich zu dem Schluss, zu empfehlen, die Wehrpflicht beizubehalten. Allerdings sollte sich die Auswahl der Wehrpflichtigen nach dem Bedarf der Streitkräfte richten. *„Nicht die Stärke der Geburtenjahrgänge, sondern der Bedarf der Streitkräfte muss künftig darüber entscheiden, wieviele (...) Männer tatsächlich einberufen werden.“* ("Weizsäcker-Bericht", S.65). Die viel beschworene Wehrgerechtigkeit war Geschichte. Die Bundeswehr nimmt sich das Recht heraus, das „beste Menschenmaterial“ einzuziehen. Die Kommission empfahl das Wehrform-Modell „240.000 mit Auswahlwehrdienst W10“. Die Grundstärke der Bundeswehr sollte demnach 240.000 Soldaten betragen, bei einem zehnmonatigen Auswahlwehrdienst. Die Kommission sah bei der Beibehaltung der Wehrpflicht einen erheblichen Vorteil gegenüber einem reinen Freiwilligen-Modell: *„Es verfügt über strategische, personelle und gesellschaftliche Flexibilität“* ("Weizsäcker-Bericht", S.69). Warum die Wehrpflicht erhalten bleiben musste, ist so simpel wie logisch.

„Da ein Großteil der länger dienenden Soldaten aus den in den Streitkräften dienenden Grundwehrdienstleistenden gewonnen wird, ist aus Sicht der Nachwuchsgewinnung der Erhalt der Wehrpflicht unverzichtbar.“ ("Bestandsaufnahme", S.127). Die Bundeswehr hat ein erhebliches Interesse an der Gewinnung Wehrpflichtiger für den Dienst als Zeit- und Berufssoldaten. Die zukünftige Stärke der Bundeswehr wird einen noch höheren Anteil an Nicht-Wehrpflichtigen aufweisen, der jetzt schon nicht mehr gedeckt werden kann. Damit ist die Bundeswehr quasi zu einer professionellen Berufsarmee mutiert, die durch eine kleine Wehrpflichtigen-Komponente zur Nachwuchsgewinnung ergänzt wird.

Die Weizsäcker-Kommission veranschlagte die Wehrpflichtdauer noch auf zehn Monate. Schwerpunkt der Änderung des Wehrpflichtgesetzes in der „Neuausrichtung“ war jedoch die Verkürzung des Grundwehrdienstes von zehn auf neun Monate ab dem 1. Januar 2002. Zusätzlich zum herkömmlichen Wehrdienst soll es künftig für einen Teil der Wehrpflichtigen einen abschnittswisen Wehrdienst geben. Die Wehrpflichtigen erhalten eine Basisausbildung von sechs Monaten. Die zur Gesamtdienstzeit fehlenden drei Monate werden in Abschnitten *„nach Anzahl und Dauer am Bedarf der Streitkräfte festgelegt.“* („Neuausrichtung“, S.35).

Die Streitkräftestruktur

Die Streitkräftestruktur wird nach dem Fähigkeitsprofil ausgerichtet, um die Bundeswehr in eine Interventionsarmee umzustrukturieren. *„Insgesamt wird die Bundeswehr kleiner, im Hinblick auf die gewandelten Anforderungen jedoch moderner und leistungsfähiger.“* („Sachstand“, S.1). In der folgenden Auflistung werden die einzelnen Teilstreitkräfte in ihrer neuen Struktur und Personalstärke beschrieben.

a)Heer: militärische Personalstärke von circa 134.000 SoldatInnen

- fünf mechanisierte Divisionen
- eine Division für luftbewegliche Operationen (DLO)
- eine Division für spezielle Operationen (DSO)
- Heerestruppenkommando mit Kampfunterstützungs- und Logistikverbänden für die Divisionsebene
- insgesamt 25 Brigaden : neun aktive mechanisierte Brigaden, zwei Luftlande- und zwei Logistikbrigaden und jeweils einer Gebirgsjäger-, luftmechanisierte-, Heeresflieger-, Artillerie-, Pionier-, Heeresflugabwehr-, und ABC-Abwehrbrigade sowie drei nichtaktive mechanisierte Brigaden, das Kommando Spezialkräfte und der deutsche Anteil an der deutsch-französischen Brigade.

Das bedeutet eine Reduzierung der Kampf-, Kampfunterstützungs- und Führungsunterstützungstruppe um 33% bis 50%, der Logistiktruppen um 60%.

b)Luftwaffe: militärischen Personalstärke von circa 51.000 SoldatInnen

vier Luftwaffendivisionen, von denen jede über ein ausgewogenes Spektrum gleicher Luftstreitkräfte-Fähigkeiten verfügt, bestehen aus:

- vier Jagdbombergeschwader
- drei Jagdgeschwader

- ein Aufklärungsgeschwader
- vier Flugabwehrraketengeschwader
- vier Einsatzführungsbereiche
- ein Objektschutzbataillon
- das Lufttransportkommando führt drei Lufttransportverbände
- das neue Kommando Operative Führung Luftstreitkräfte zur Planung und Führung von Luftstreitkräfteoperationen
- zwei Luftwaffeninstandhaltungsregimenter und ein Waffensystemunterstützungszentrum

Das bedeutet eine Reduzierung der fliegenden Einsatzverbände um 25%, der Flugabwehrraketengebiete um 33%, der Radarführungsdienstverbände um 50% und die logistischen Verbände um mehr als 50%.

c)Marine militärische Personalstärke von circa 20.000 SoldatInnen

- Flottille der Marineflieger (mit U-Jagdflugzeugen, bord-und landgestützten Hubschraubern und Marinejagdbombern)
- Fregattenflottille (mit Versorgungs-und Trossschiffen)
- Schnellboot-/Korvettenflottille (mit Unterstützungsfahrzeugen)
- Flottille der Minenstreitkräfte (mit Minenjagd-/Minensuchbooten und Unterstützungsfahrzeugen)
- U-Boot-Flottille (mit Unterstützungsfahrzeugen)
- fünf Marinestützpunktkommandos und das Kommando Marineführungssysteme.
- Marinesicherungstruppen werden um 70% reduziert und reorganisiert

Im Flottenkommando fällt die truppendienstliche Flottenführung mit der maritimen Einsatzführung zusammen.

Es werden etwa 40% der Seekriegsmittel rasch verfügbar und einsatzbereit gehalten.

d)Zentraler Sanitätsdienst: militärische Personalstärke von circa 26.500 SoldatInnen

Die Sanitätskräfte aller Teilstreitkräfte werden in einem Behandlungs- und Ausbildungsverbund zusammengefasst. Der Inspekteur der Zentralen Sanitätsdienstes führt künftig das gesamte Sanitätspersonal. Der Verband "Schnelle Einsatzkräfte des Sanitätsdienstes" dient zur unmittelbaren Unterstützung zeitkritischer Operationen. Dem Sanitätsführungskommando werden vier Sanitätskommandos unterstellt.

Die Sanitätskommandos bestehen aus:

jeweils zwei Bundeswehrkrankenhäusern, die Sanitätszentren und je ein aktives Sanitäts- und Lazarettregiment sowie Reservelazarettregimenter

e)Streitkräftebasis:militärische Personalstärke von circa 52.000 SoldatInnen

neue Kommandobehörden: - Streitkräfteunterstützungskommando

- Einsatzführungskommando

- Kommando strategische Aufklärung

Die Streitkräftebasis übernimmt Querschnittsaufgaben insbesondere im Bereich der Führung, Aufklärung, Unterstützung/Logistik und Ausbildung mit dem Ziel, dass sich die Teilstreitkräfte *„auf ihre spezifischen Einsatzaufgaben ausrichten (können). Sie werden von Unterstützungsaufgaben entlastet.(...)Die Streitkräfte werden sich künftig auf ihre militärischen Kernfunktionen konzentrieren“* (“Eckwerte“, S.24). Die Streitkräftebasis wird die militärische Dienstleistungsorganisation der Bundeswehr, die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine die Kampforganisation. Das Streitkräfteunterstützungskommando führt als Führungskommando der Streitkräftebasis die ihm unterstellten Einsatzkräfte über vier Wehrbereichskommandos. Das Streitkräfteamt ist für streitkräfte- beziehungsweise bundeswehrgemeinsamen Aufgaben zuständig.

Mit der Neustrukturierung der Einheiten ging die Neustrukturierung der Bundeswehr-Standorte einher. Wichtige Faktoren für die Verteilung der Streitkräfte im Bundesgebiet waren die Nähe der Stäbe zur unterstellten Truppe, die räumliche Zusammenfassung militärisch aufeinander angewiesener Truppenteile und die Nähe der Truppe zu Übungsgebieten und-einrichtungen sowie eine gute Verkehrsanbindung für weiträumige Verlegungen.

Nach der „Feinausplanung“ sollte die Truppe möglichst nicht in Großstädten und Innenstadtbereichen, sondern außerhalb von Ballungsräumen stationiert werden.

Die künftige Bundeswehr wird in 462 Standorten stationiert bleiben. In 40 Standorten wird der Umfang wesentlich reduziert, 39 Standorte werden geschlossen. Die Zahl der Kleinstandorte wird von heute 166 auf insgesamt 74 verringert. Dabei werden 20 Standorte geschlossen.

An den bereits mit dem Strukturplanungen der Jahre 1995 und 1996 getroffenen Entscheidungen zur Schließung von 47 Standorten wird die Bundeswehr-Führung festhalten.

Die Auflistung der Stationierung im „Ressortkonzept“ von Einheiten wird aus Gründen der Relevanz wie der Übersichtlichkeit nur Großverbände der Divisions-, Geschwader- und Flottillenebene und der Spezialkräfte, sprich die Division Spezielle Operationen und die Division Luftbewegliche Operationen beinhalten.

Großverbände:

Heer:

Division Spezielle Operationen (DSO) (Regensburg/Bayern)

Division Luftbewegliche Operationen (DLO) (Veitshöchheim/Bayern)

1. Panzerdivision (Hannover/Niedersachsen) (Teil des deutsch-niederländischen Korps)

7. Panzerdivision (Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen) (Teil des Allied Rapid Reaction Corps ARRC)

10. Panzerdivision (Sigmaringen/Baden-Württemberg)

13. Panzergrenadierdivision (Leipzig/Sachsen)

14. Panzergrenadierdivision (Neubrandenburg/Mecklenburg-Vorpommern)

Luftwaffe:

Kommando 1. Luftwaffendivision (Fürstenfeldbruck/Bayern)

Kommando 2. Luftwaffendivision (Birkenfeld/Rheinland-Pfalz)

Kommando 4. Luftwaffendivision (Aurich/Niedersachsen)?

Jagdgeschwader 71 „Richthofen“ (Wittmund/Niedersachsen)

Jagdgeschwader 73 „Steinhoff“ (Laage/Mecklenburg-Vorpommern)

Jagdgeschwader 74 „Mölders“ (Neuburg a. d. Donau/Bayern)

Jagdbombengeschwader 31 „Boelcke“ (Kerpen/Nordrhein-Westfalen)

Jagdbombengeschwader 32 (Untermeitingen/Bayern)

Jagdbombengeschwader 33 (Cochem/Rheinland-Pfalz)

Jagdbombengeschwader 38 (Schortens/Niedersachsen)

Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann“ (Kropp/Schleswig-Holstein)

Lufttransportgeschwader 61 (Penzing/Bayern)

Lufttransportgeschwader 62 (Wunstorf/Niedersachsen)

Lufttransportgeschwader 63 (Alt Duvenstedt/Schleswig-Holstein)

Flugabwehrraketengeschwader 1 (Husum/Schleswig-Holstein)

Flugabwehrraketengeschwader 2 (Bad Sülze/Mecklenburg-Vorpommern)

Flugabwehrraketengeschwader 4 (Burbach/Nordrheinwestfalen)

Flugabwehrraketengeschwader 5 (Machning/Bayern)

Marine:

Zerstörerflottille (Wilhelmshaven/Niedersachsen)

Zerstörerflottille Teileinheit (Kiel/Schleswig-Holstein)

Korvettenflottille (Rostock/Mecklenburg-Vorpommern)

Minensuchflottille (Kappeln/Schleswig-Holstein)

Ubootflottille (Eckernförde/Schleswig-Holstein)

Unterstützungsflottille (Bannedorf auf Fehmarn/Schleswig-Holstein)

Waffentauchergruppe (Eckernförde/Schleswig-Holstein)

Marinefliegergeschwader 2 (Tarp/Schleswig-Holstein)

Marinefliegergeschwader 3 „Graf Zeppelin“ (Nordholz/Niedersachsen)

Marinefliegergeschwader 5 (Kiel/Schleswig-Holstein)

Spezialkräfte:

Die Division für Spezielle Operationen (DSO) und die Division Luftbewegliche Operationen (DLO) werden deshalb genauer vorgestellt, weil sie keine klassischen Luftlandedivisionen darstellen, sondern Divisionen mit leichten, spezialisierten Kräften ist, die sich auf schnelle Einsätze im gesamten Aufgabenspektrum des Heeres vorbereitet habe. Die DSO/DLO ist der Prototyp von künftigen Divisionen der neuen Art von (Interventions-) Kriegen, für die die Bundeswehr neu geschaffen wird.

Der Stab der DSO ist in Regensburg/ Bayern stationiert. Die DSO besteht aus den Hauptverbänden

Luftlandebrigade 26 mit Sitz des Stabes in Saarlouis/ Saarland, der Luftlandebrigade 31 mit Sitz des Stabes in Oldenburg/ Niedersachsen und dem Kommando Spezialkräfte in Calw/ Baden-Württemberg.

Die Struktur der beiden Luftlandebrigaden besteht aus jeweils zwei Fallschirmjägerbataillonen und einem Luftlandeunterstützungsbataillon, die Luftlandepanzerabwehrkompanien werden den Fallschirmjägerbataillonen zugeordnet (loyal 12/2001, S. 29)

Luftlandebrigade 31:

– Fallschirmjägerbataillon 373 (Doberlug-Kirchhain/Brandenburg)

– Fallschirmjägerbataillon 313 (Varel/ Niedersachsen)

– Luftlandepionierkompanie 270 (Wildeshausen/ Niedersachsen)

Luftlandebrigade 26:

- Fallschirmjägerbataillon 263 (Zweibrücken/ Rheinland-Pfalz)
- Fallschirmjägerbataillon 261 (Lebach/ Saarland)
- Kommando Spezialkräfte (Calw/ Baden-Württemberg)

Der Stab der Division Luftbewegliche Operationen (DLO) ist in Veitshöchheim/ Bayern stationiert. Die DLO besteht aus den Hauptverbänden Heeresfliegerbrigade 3 mit Sitz des Stabes in Mendig/ Rheinland-Pfalz und der Luftmechanisierten Brigade 1 mit Sitz des Stabes in Fritzlar/ Hessen.

Die DLO besteht aus sechs Heeresfliegerregimentern und einem Fernmeldebataillon.

- Heeresfliegerregiment 10 (Fassberg/ Niedersachsen)
- Heeresfliegerregiment 15 (Rheine/ Nordrhein-Westfalen)
- Heeresfliegerregiment 25 (Laupheim/ Baden-Württemberg)
- Heeresfliegerregiment 26 (Roth/ Bayern)
- Heeresfliegerregiment 30 (Niederstetten/ Baden-Württemberg)
- Heeresfliegerregiment 36 (Fritzlar/ Hessen)
- Fernmeldebataillon 4 (Fürstenfeldbruck/ Bayern)

Die Zielgrößen der Streitkräfte

Die Zielgrößen der (Teil-)streitkräfte variierten bis zum „Eckpfeiler“-Papier. Der „Weizsäcker“-Bericht sprach von 240.000 Soldaten Friedensumfang bei einer Verstärkung der Einsatzkräfte auf 140.000 Soldaten. Die „Eckwerte“ schlagen 290.000 Soldaten als Friedensumfang bei 157.000 Soldaten der Einsatzkräfte vor. Verteidigungsminister Scharping schließlich legte sich in seinen „Eckpfeilern“ auf einen Friedensumfang der Streitkräfte auf circa 282.000 Soldaten bei einer Stärke der Einsatzkräfte von 150.000 Soldaten fest. 80.000 Soldaten davon sind nach sehr kurzer Zeit einsatzbereit, während 70.000 Soldaten in abgestufter Verfügbarkeit zu ihrer Verstärkung oder Ablösung gehalten werden. *„Die Einsatzkräfte werden nahezu verdreifacht“* (“Grobausplanung“, Kapitel I, Abschnitt „Personelle Ausrichtung auf Einsatzaufgaben“). Die 150.000 Soldaten der Einsatzkräfte sind der interventions- und kriegsführungsfähige Teil der Bundeswehr. Mit ihrer Verdreifachung lassen sich die zukünftigen Absichten der Bundeswehrplaner ermessen.

Umfänge Streitkräfte und Bundeswehr

Einsatzkräfte: 150.000 + Militärische Grundorganisation: 105.000 =

Präsenzumfang Streitkräfte: 255.000 +

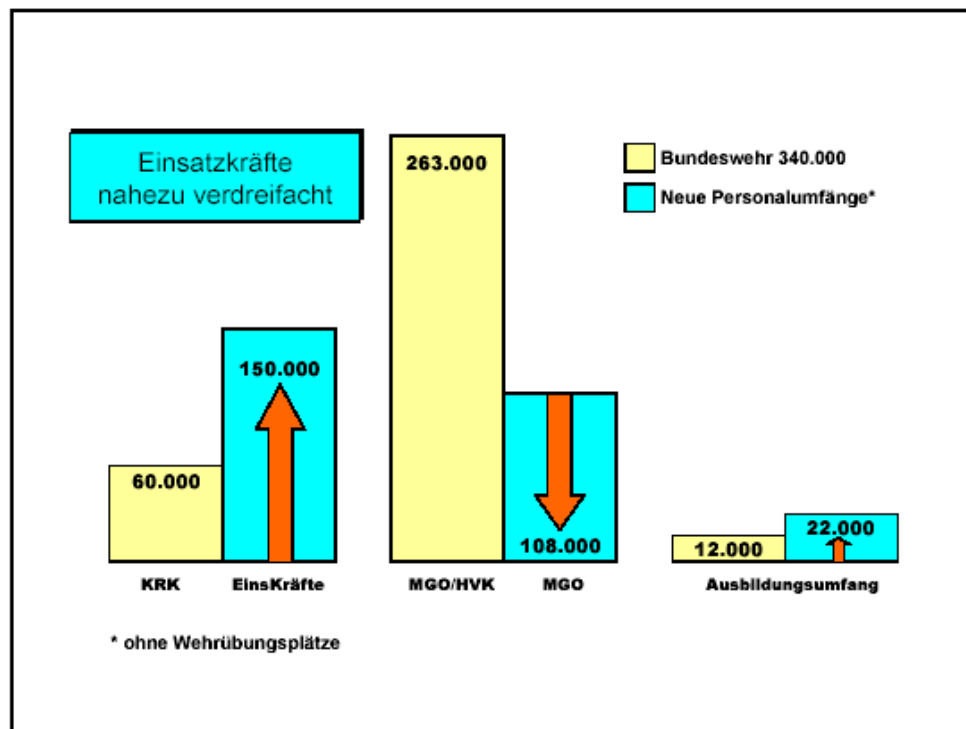
Schüler-/BfD-Stellen: 22.000 + Zivilpersonal: 80-90.000 =

Friedenspersonalumfang Bundeswehr: rund 360.000

Präsenzumfang: 255.000 + Aufwuchsumfang: ca. 250.000 =

Verteidigungsumfang: ca. 500.000

Die Bundeswehr wird bis zum Jahr 2006 auf 282.000 SoldatInnen reduziert. Davon werden 202.000 Zeit- und BerufssoldatInnen und 80.000 Wehrdienstleistende sein. Die Wehrdienstleistende teilen sich auf in 53.000 Grund- und 27.000 freiwillig länger dienende Wehrdienstleistende. Aus 110.000 SoldatInnen wird die Militärische Grundorganisation bestehen, 22.000 Stellen werden für die zivilberufliche Qualifizierung und 2.600 Wehrübungsplätze werden bereitgestellt. Bis zum Jahr 2010 werden die zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr auf 80.-90.000 Dienstposten reduziert.



(Quelle: „Grobausplanung“, S. 12)

Die bisherigen Umsetzungen der Strukturentscheidungen

Die bisherigen Umsetzung der Strukturentscheidungen sollen bis 2006 abgeschlossen sein. Die Bundeswehr-Führung geht dabei systematisch vor. Nach dem bekannten Sprichwort der Fisch fängt als erstes am Kopf an zu stinken, werden zunächst die Kommandobehörden neu strukturiert beziehungsweise geschaffen und später pyramidenförmig die nachfolgenden Bereiche. Die nachstehende Auflistung gibt die Umstrukturierung oder Neuschaffung in den Teilstreitkräften an:

Heer:

- Defusionierung der Divisionen/ Wehrbereichskommandos und Unterstellung betroffener Divisionen unter das Heeresführungstruppenkommando zum 1.Juli 2001
- Unterstellungswechsel der Wehrbereichskommandos unter die Streitkräftebasis ab 1.Oktober 2001
- Übergabe der Einsatzführung an das Einsatzführungskommando ab dem 1.Januar 2002
- Abgabe der Sanitätstruppen an den Zentralen Sanitätsdienst ab dem 1.Januar 2002
- Abgabe der Logistiktruppen an die Streitkräftebasis ab dem 1.April 2004

Luftwaffe:

- Umgliederung des Luftwaffenführungskommandos seit dem 1.April 2001, Abschluss am 31.März 2002
- Auflösung der Luftwaffenkommandos Nord und Süd bis zum 1.Oktober 2002
- Verlegung des Kommandos der 1.Luftwaffen-Division von Karlsruhe nach Fürstenfeldbruck bis zum 1.April 2002
- Auflösung des Jagdbombergeschwaders 34 bis zum 31.Dezember 2003
- Beginn der Abgabe der Depots und Luftwaffenwerften an die Streitkräftebasis ab dem 1.Januar 2002
- Beginn der Abgabe der Sanistaffeln an die Streitkräftebasis ab dem 1.Oktober 2001

Marine:

- Auflösung der Marineabsschnittskommandos seit dem 1.Januar 2001
- Abgabe aller Marinestandortsanitätszentren an den Zentralen Sanitätsdienst ab dem 1.Oktober 2001
- Umgliederung des Stabes Flottenkommando ab 1.Januar 2002

- Auflösung der Marineversorgungsschule ab 1. Januar 2007

Streitkräftebasis:

- Aufstellung der Streitkräftebasis seit dem 1. April 2001
- Aufstellung des Einsatzführungskommandos ab dem 1. Juli 2001
- Aufstellung der Wehrbereichskommandostäbe ab dem 1. Juli 2001
- Übernahme der Verteidigungsbezirkskommandos, der Feldjäger- und Truppenübungsplätze zum 1. Oktober 2001
- Aufstellung der Stäbe der Führungsunterstützungsregimenter ab Anfang des Jahres 2002, Umgliederung der Kräfte ab Mitte des Jahres 2002
- Aufstellung der Logistik-Regimentsstäbe im Jahr 2002, der Logistik-Bataillone im Jahr 2003

Zentraler Sanitätsdienst:

- Aufstellung des Sanitätsführungskommandos seit 1. April 2001
- Aufstellung des Sanitätsamt (neu) seit 1. April 2001
- Aufstellung des Sanitätskommandos ab 1. Oktober 2001

Grundsätze der Umgestaltung:

- Ausrichtung auf ein flexibles und dynamisches Projektmanagement mit konzentrierten Entscheidungsbefugnissen zur schnelleren, marktorientierten und effizienteren Einführung von Wehrmaterial
- Konzentration auf technische Fachaufgaben als Kernauftrag des Rüstungsbereichs zur Sicherung der fachlichen Kompetenz

Die Rüstungsindustrie

Der deutsche Staat kann es sich finanziell nicht mehr leisten, eine nationale Rüstungsindustrie mit Aufträgen zu versorgen, die das gesamte Spektrum der Beschaffungen der Bundeswehr ausmacht. Diese Tatsache hat drei Gründe. Erstens sind neue Waffensysteme um ein Vielfaches teurer als ihre Vorgänger. Diese Kostenspirale hält kontinuierlich an. Zweitens ist durch die gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Waffen die Möglichkeit gegeben alle EU-Armeen in ihrer Ausrüstung zu vereinheitlichen, die kommende Einsätze erleichtern. Genauso wie die Finanzierung von Großprojekten, die den Umbau in eine Interventionsarmee wie Ein-

sätze in weit entfernte Weltregionen erst ermöglichen. Drittens will sich die EU im Rahmen ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und gesteigerten Machtansprüche eine eigene europäische Rüstungsindustrie schaffen um von den USA rüstungspolitisch wie militärisch unabhängig zu werden und mit ihr konkurrieren zu können. Nach Angaben der Mitglieder der „Weizsäcker-Kommission“ ist es *„an der Zeit, dass sich die Rüstungsindustrie der EU-Mitglieder auf einen künftigen europäischen Markt hin organisiert.“* (Weizsäcker-Bericht“, S.39) Das Musterbeispiel in dieser Hinsicht ist der Zusammenschluss der deutschen Daimler Chrysler Aerospace AG (Dasa), der französischen Aerospatiale Matra und der spanischen CASA zur European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) 1999. Die EADS ist weltweit der drittgrößte Luft- und Raumfahrtkonzern. Für die Bundeswehr-Strategen ist eine solche Fusion eine *„wünschenswerte Bündelung der technologischen Fähigkeiten der Europäer“* (Feinausplanung“, S.12). Die deutschen Rüstungsunternehmen werden folgende Rahmenbedingungen gemäß des „Materialkonzepts“ zu berücksichtigen haben.

1. Der Anteil des Verteidigungshaushaltes, der für Materialinvestitionen, sprich Waffenkäufe, soll in den künftigen Haushaltsplänen der Bundesregierung mittelfristig erhöht werden und auf diesem Niveau verbleiben.
2. Die Industrie wird künftig früher und enger in den Entstehungsgang für Rüstungsmaterial eingebunden werden und kann somit verstärkt Innovationen einbringen
3. Die Beschaffungsdauer von Rüstungsmaterial wird deutlich reduziert werden, so dass eine schnellere und wirtschaftlichere Auftragsabwicklung mit Unternehmen ermöglicht wird.

Die Rüstungsvorhaben

Die Entscheidung welche Beschaffungsvorhaben als erste zu tätigen sind, richtet sich ausschließlich nach dem neuen Fähigkeitsprofil. Im Folgenden werden die wichtigsten neu zu beschaffenden Waffensysteme dargestellt, wie sie im Materialkonzept aufgeführt sind. Die Waffensysteme werden in ihren jeweiligen Fähigkeitskategorien (Führungsfähigkeit etc.) eingeordnet. Insgesamt strebt die Bundeswehr-Führung an mehr als 200 Systeme, Vorhaben und Dienstleitungen anzuschaffen, da im *„Bereich der Ausrüstung und ihre(r) Leistungsfähigkeit (...) die bisherige Materialplanung aufgrund des differenzierten Aufgabenspektrums nicht einfach fortgeschrieben werden“* (Sachstand“, S.1) könne.

Führungsfähigkeit

Bis jetzt besäßen die verschiedenen Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche der Bundeswehr noch eigene Kommunikations- und Informationssysteme. In der Zukunft jedoch sollen diese Systeme vereinheitlicht werden. Die dringendsten Vorhaben seien:

- Streitkräftegemeinsames Führungsinformationssystem FüInfoSys (Informationssystem)
- Pilotprojekt 9.3 "Betrieb der administrativen Rechenzentren der Bundeswehr einschließlich SASPF" (Informationssystem)
- Vorhaben Intra Net BW (Informationssystem)
- Pilotprojekt 9.4.1 "Schaffen eines leistungsstarkes Kommunikations- und Datennetzes" (Kommunikationssystem)
- Pilotprojekt 9.4.2 "Herstellen der Interoperabilität Einsatzkräfte" (Kommunikationssystem)
- Nutzerorientierte Kommunikation Bundeswehr NuKomBW 2000 (Kommunikationssystem)
- Satellitenkommunikationssystem der Bundeswehr SatComBW (Kommunikationssystem)
- Automatisiertes Korpsstammnetz AUTUKO (Kommunikationssystem)
- Breitbandiges, integriertes Gefechtsstand-Fernmeldesystem BIGSTAF (Kommunikationssystem)
- Air Command and Control System ACCS (Gefechtsstandsystem)
- Multifunctional Information Distribution System MIDS (Datenlinksystem)
- Multi Link-Untersystem MULUS (Datenlinksysteme)
- Nato Improved Link Eleven NILE (Datenlinksysteme)

Strategische Aufklärung

Als erforderlichstes Vorhaben wird die Fähigkeit zur Satellitenaufklärung eingeschätzt. Damit werden Daten in Echtzeit übertragen und ausgewertet. Wenn Wissen Macht bedeutet, ist dieses Projekt für die Bundeswehr-Führung unabdingbar. Die Bundesrepublik wäre damit von den USA wie kommerziellen Betreibern unabhängig.

- Synthetic Aperture Radar SAR-Lupe (Aufklärungssatellit)
- Zentrales Erfassungs- und Unterstützungssystem ZEUS

Strategische Verlegefähigkeit

Mit dieser Fähigkeit ist das Dreigespann der für die Bundeswehr dringlichsten Beschaffungen abgeschlossen.

- Future Transport Aircraft FTA
- Airbus A 310 MRT(T)
- Einsatztruppenunterstützungsschiff ETrUS

Schutz der Soldaten

Mit dieser Fähigkeit sind die vier Fähigkeiten der für die Bundeswehr dringlichsten Beschaffungen abgeschlossen.

- Ausstattung Soldat
- Minenschutzausstattung Marder

Nachstehend folgen nun Beschaffungen der zweiten Beschaffungsebene.

Taktische Aufklärung

- Drohne CL 289
- Marinedrohne
- Kleinfluggerät Zielortung KZO
- Luftgestützte Nahaufklärungsausstattung LUNA
- Aufklärungsausstattung Minensperren AAMIS
- Unmanned Aerial Vehicle UAV (Drohne)
- Fernmeldesatellitenaufklärung FmSatAufkl
- BR-1150 SIGINT (Aufklärungsflugzeug)
- Elektronische Unterstützungskomponente EUKOP
- TORNADO RECCE
- Radar-Außenlastbehälter RABE
- Electro Optical Long Range Oblique Photography EOIOROP
- Maritime Patrol Aircraft MPA
- Aufklärungspanzer Luchs
- Spähfahrzeug
- Bodenüberwachungsradar BÜR

Taktische Verlegefähigkeit

- Hubschrauber NH-90 (Transporthubschrauber)
- Mechanisierte Umschlag-, Lager- und Transportintegration Multi

Wirksamkeit im Einsatz

Durch Abstands- und Präzisionswaffen wird diese Fähigkeit erlangt. Diese Waffen haben hauptsächlich „intelligente“ (Suchzünder-)Munition um über weite Strecken zielgenau zu treffen.

- Schützenpanzer Marder
- Schützenpanzer Spz 3
- Kampfpanzer Leopard 2 A6 (kampfwertgesteigert)
- Unterstützungshubschrauber TIGER
- Panzerabwehrhubschrauber PAH
- Präzisionssystem PARS 3 LR (Panzerabwehr-Raketen System)
- KDH TAIFUN (Kampfdrohne)
- Panzerhaubitze PzH 109 A3 GE
- Panzerhaubitze PzH 2000
- Guided Multiple Launch Rocket System GMLS (Raketenartilleriesystem)
- Suchzündermunition Artillerie Smart 155 mm
- Tornado Abstandsbevaffnung MAW TAURIS
- Eurofighter EF 2000
- Fregatte Klasse 122, 123, 124, 125
- Uboot Klasse 212 A
- Minenjagd 2000 MJ
- Ausrüstung DSO
- Handwaffen

Unterstützung und Durchhaltefähigkeit

- Modulare Sanitätseinrichtung MSE
- Einsatzgruppenversorger EGV Klasse 702
- Gepanzertes Transport Kraftfahrzeug GTK
- Bergepanzer Bpz 3 Büffel
- BV 206 D (Transportfahrzeug)
- Allschutz Transport Fahrzeug ATF Dingo
- Wiesel 2

- Minenräumpanzer Keiler
- Mobiles Minensuch-und Räumgerät MMSR
- Radfahrzeuge 2.Generation
- Betriebsstofftransporter 703 und 704 A
- MSE, Anteil Marineeinsatzrettungszentrum MERZ
- Forschungsschiff

Überlebensfähigkeit

- ABC-Aufklärung
- Haupt-und Truppenentgiftungsplatz HEP/TEP 90
- Directed Infrared Countermeasures DICM (Plattformschutz)
- Torpedoabwehr Überwasserschiffe TAUEW
- Sea King Mk 41 (Search and Rescue, SAR)
- MH 90 SAR
- NH 90 (C)SAR
- Zielerkennung-Freund-Feind ZEFF
- Torpedoabwehr Uboote TAU

Analyse der vorhandenen Waffensysteme

Im folgenden werden die vorhandenen Hauptssysteme analysiert, um festzustellen, inwieweit sie den Anforderungen des Fähigkeitsprofils entsprechen.

Führungsfähigkeit:

In der Führungsfähigkeit beständen gravierende Defizite.

Die Führungsinformationssystem Heros, Eifel, MCCIS, Jasmin, VERIS und RUBIN seien untereinander nicht /nur bedingt interoperabel und könnten nur bedingt vernetzt werden. Die teilstreitkraftspezifischen Gefechtsstände genügten in der Regel den Anforderungen nicht. Die Datenlinksysteme Link 11 und Link 1 erfüllten die Anforderungen nach hohen Datenübertragungsraten und streitkräftegemeinsamer Nutzung nicht.

Mobilität:

Die Fähigkeit zum strategischen Lufttransport sei mit den sieben Airbus A-310 nur minimal gegeben, die Befähigung zur Luftbetankung sei nicht vorhanden.

Die Bundeswehr verfüge bislang nicht über Fähigkeiten zum strategischen Seetransport.

Das veraltete Flugzeugsystem C-160 Transall stelle für den operativen Lufttransport ein nur eingeschränkt nutzbares System dar. Für die taktische Beweglichkeit entspräche der leichte Transporthubschrauber Bell UH 1D und der mittlere Transporthubschrauber CH 53 G nur noch in Teilen den Anforderungen. Der Verbindungshubschrauber BO 105, der Marinehubschrauber SEA KING Mk 41 und das leichte Transportflugzeug DO 228 LT könnten ihre Aufgaben noch bewältigen. Es bestehe ein zahlenmäßiges Defizit an leistungsfähigen, geländegängigen LKW unterschiedlicher Gewichtsklassen.

Wirksamkeit im Einsatz:

Die Wirksamkeit im Einsatz werde wesentlich bestimmt durch die Fähigkeit zur Präzisions- und Abstandswirkung. Nur wenige vorhandene Systeme lieferten hierzu einen Beitrag.

Die gepanzerten Gefechtsfahrzeuge Schützenpanzer Marder und Kampfpanzer Leopard 1 entsprächen hinsichtlich Waffenwirkung, Beweglichkeit und Schutz nicht mehr den Anforderungen. Der Kampfpanzer Leopard 2 weise Defizite auf, verfüge jedoch über Entwicklungspotential.

Auf die Teilfähigkeit Panzerabwehr könne wegen ihrer Bedeutung für das Gefecht der verbundenen Waffen nicht verzichtet werden. Der Panzerabwehrhubschrauber BO 105 P entspräche nicht den Anforderungen an luftmechanisierte Einsätze in der Tiefe. Der veraltete Jagdpanzer Jaguar liefere einen sehr begrenzten Beitrag, die Panzerabwehrlenkwaffen Milan und HOT entsprächen wegen mangelnder Durchschlagskraft nicht mehr den Anforderungen.

Für den Kampf in der Tiefe seien leistungsfähige und weitreichende Artilleriesysteme erforderlich. Nur wenige der vorhandenen Rohr- und Raketenwaffensysteme erfüllten diese Voraussetzung. Die Feldhaubitze 70 entspräche den Anforderungen nur noch unzureichend. Mit der Panzerhaubitze M 109 könne bei Verwendung geeigneter Munition Punktziele bekämpft werden. Mit der Panzerhaubitze 2000 stehe ein sehr leistungs- und präzisionsfähiges Geschütz zur Verfügung. Die Suchzündermunition Artillerie SMARt verfüge über die erforderliche Präzisionsfähigkeit. Das System Mars verfüge über Entwicklungspotential. Die Fähigkeit zur Ortung gegnerischer Mörser/ Artillerie bestehe mit dem derzeitigen System Green Archer nur eingeschränkt.

Es bestände eine Lücke an der Fähigkeit zur Störung und Täuschung gegnerischer Informations- und Kommunikationsverbindungen, Aufklärungsmittel und Waffensysteme im elektromagnetischen Spektrum. Das System für elektronische Gegenmaßnahmen Hummel decke diesen Bereich nur eingeschränkt ab. Die Qualität der Sensoren entspräche nicht mehr voll den Anforderungen.

Die Luftverteidigungssysteme erfüllten nur Teile des Anforderungsspektrums. Das System Patriot verfüge über eine sehr begrenzte Fähigkeit zur Abwehr ballistischer Flugkörper. Das System Hawk könne moderne Flugziele nur unzureichend bekämpfen. Die Flugabwehrsysteme Roland und Gepard des Heeres wiesen erhebliche Defizite auf. Den Zerstörern der Klasse 103 B vorgehaltene Fähigkeit zur Verbandsflugabwehr werde mit dem Lenkflugkörper Standard Missile 1 sichergestellt. Die in der fliegenden Luftverteidigung eingesetzten Jagdflugzeuge Phantom F-4F und MiG 29 könnten modernen Bedrohungen nur eingeschränkt begegnen. Die Fregatten der Klasse 122 und 123 bildeten zusammen mit dem Bordhubschrauber Sea Lynx das integrierte Waffensystem Ubootjagd-Fregatte, das die Anforderungen erfüllt. Die modernen Minenabwehrfahrzeuge der Klasse 332, 333 und 352 besäßen gute Fähigkeiten in der Minenkriegführung. Da die Schnellboote der Klasse 148 und 143 für das heimatische Randmeer optimiert seien, entsprächen sie den neuen Anforderungen kaum. Die Schnellboote der Klasse 143 A stelle jedoch diese Fähigkeiten teilweise sicher. Die veralteten Uboote der Klasse 205 werden nicht mehr im normalen Betrieb eingesetzt. Die Uboote der Klasse 206 A entsprächen nur äußerst eingeschränkt den neuen Fähigkeiten.

Ausrüstung und Bewaffnung des Jagdbombers Tornado entsprächen nicht mehr den Anforderungen hinsichtlich Abstandsfähigkeit, Präzisionswirkung, Allwetterfähigkeit und Eigenschutz. Der Marinejagdbomber Tornado ist zum verbundenen Einsatz des Seezielflugkörpers Kormoran mit dem Flugkörper Harm gegen Seeziele befähigt. Der zum Niederhalten und Bekämpfen der gegnerischen Luftverteidigung durch den Tornado ECR eingesetzte Flugkörper Harm bedürfe Verbesserungen.

Nachrichtengewinnung und Aufklärung:

Die vorhandenen Mittel zur Nachrichtengewinnung und Aufklärung könnten eine eigenständige nationale Urteils-, Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit nicht sicherstellen.

Bei isolierter Betrachtung der Einzelsysteme ergäbe sich folgender Sachstand:

Die Bundeswehr verfüge nicht über eigenständige Fähigkeiten zur strategischen und operativen abbildenden Aufklärung (Satellitenaufklärung).

Das FmEloAufklSys reiche zur Feststellung der Lage im gesamten elektromagnetischen Spektrum nicht aus.

Die abbildenden Aufklärungsmittel Drohne CI 289 und Tornado Recce stelle die taktische Lage-,Ziel- und Wirkungsaufklärung nur eingeschränkt sicher, liefere jedoch eine Grundbefähigung.

Die bodengebundene taktische Aufklärung durch den Spähpanzer Luchs sei eingeschränkt.

Die luft- und seegestützte Signalerfassung durch BR-1150 SIGINT, BR-1150 MPA und Flottendienstbooten Kl. 423 entspräche nur eingeschränkt dem Fähigkeitsprofil.

Unterstützung und Durchhaltefähigkeit:

Ein bewaffnetes und gepanzertes Transportfahrzeug für leichte Kräfte (Infanterie) stehe nicht zur Verfügung. Für Einsätze in extrem schwierigen Gelände stehe mit dem BV 206 D ein hochmobiles und auch im Schnee geländegängiges Transportfahrzeug zur Verfügung. Die Transportpanzer M 113 (Kette) und Fuchs (Rad) erfüllten nicht mehr die Anforderungen. Das geländegängige ATF Allschutz Transportfahrzeug Dingo sei ein universell einsetzbares Transportfahrzeug. Es sei luftverladbar und biete einen hohen Schutz gegen terroristische Anschläge und Minen. Die Fähigkeiten zum Bergen von schweren Gefechtsfahrzeugen werde mit dem System Bergepanzer 2 nicht mehr im erforderlichen Maß erfüllt. Die Stückzahl der leistungstärkeren Bergepanzers 3 Büffel reiche zur Aufgabenerfüllung nicht aus. Das Minenwerfer System Skorpion sei zum schnellen Sperren von Gelände geeignet, allerdings als M113-Variante in seiner Beweglichkeit erheblich eingeschränkt. Das Mobile Brückengerät PSB1 Biber erfülle die Forderungen nach rascher Überwindung von Gewässern und Hindernissen nur bedingt. Die Bewegung über breite Gewässer werde durch die schwere Schwimmbrücke Amphibie M3 sichergestellt. Mit dem Minenräumpanzer Keiler verfügten die Streitkräfte über ein leistungsfähiges System zur Minenräumung.

Mit Zulauf der EGV Kl.702 und dem Tender Kl.404 sei der Einstieg in eine leistungsfähige schwimmende Logistik gelungen. Die vorhandenen Systeme zur sanitätsdienstlichen Versorgung deckten das erforderliche Leistungsspektrum nur unzureichend ab. Mit dem Zulauf erster Elemente der modularen Sanitätseinrichtungen

(MSE) habe der Ausbau der erforderlichen Fähigkeiten begonnen. Die ungepanzer-ten Radfahrzeuge (PKW, LKW etc.) seien zum großen Teil veraltet.

Überlebensfähigkeit:

Die persönliche Schutz- und Tarnausrichtung der Soldaten wiesen Mängel gegen Waffenwirkung und Umwelteinflüssen auf. Der Schutz vor Massenvernichtungswaf-fen erfordere leistungsfähige Systeme zur Aufklärung, zur Abwehr, zum Schutz und zur Dekontamination. Die ABC-Aufklärung weise Defizite bei der Fernortung (Ab-stands-fähigkeit) und Aufklärung von biologischen Kampfmitteln auf. Die ABC-Spürpanzer basierten auf dem veralteten Transportpanzer Fuchs. Die vorhandene Dekontaminationssysteme wie Tep 70 und Hep 70 erfüllten die Anforderungen nicht hinreichend, weil sie Kontaminationsverschleppungen nicht verhindern und zu Um-weltbelastungen durch Chemikalien führen. CSAR (Rettungseinsätze) sei mit den vorhandenen Systemen nicht zu leisten.

Torpedos und Seeminen sollen den verfügbaren Schutzeinrichtungen nicht mehr ge-recht werden. Das vorhandene Nächstbereichsflugabwehrsystem RAM erhöhe die Überlebensfähigkeit nur gegen aktiv Radar-strahlende Flugkörper. Eine erforderliche Bekämpfung nicht aktiv-Radar strahlender Flugkörper, Hubschrauber, Flugzeuge etc. sei damit nicht möglich. Die Fähigkeit zur Bekämpfung anlaufender Torpedos sei derzeit auf Überwassereinheiten und U-Booten nicht vorhanden. Seeminen könnten mit den vorhandenen Minenjagd- und Hohlstaplenksystemen KI .332/333/352 bei ge-ringer Abstandsfähigkeit nur sehr begrenzt bekämpft werden. Die Schutzsysteme der elektronischen Kampfführung (z.B. FI 1800 S) deckten ebenfalls nicht mehr das ge-samte moderne Bedrohungsspektrum ab.

Die Ausrüstung der Luftfahrzeuge mit Systemen zum elektronischen Selbstschutz/ Gegenmaßnahmen als Beitrag zur Überlebensfähigkeit der Plattform, entspräche in Teilen nicht mehr der Bedrohung. Der zum Selbstschutz des Tornado und als Pri-märbewaffnung der F4-F Phantom zum Luftkampf auf kurze Distanz eingesetzte LFK AIM-9Li habe deutliche Defizite.

Es bestehe ein qualitatives und quantitatives Defizit bei bodengebundenen und platt-formgestützten Identifizierungssystemen.

Abschließend kann man eine Bewertung der Waffensysteme der Bundeswehr vor-nehmen. Im Bereich der Führungsfähigkeit sollen bei den Führungsinformationssys-

temen gravierende Defizite bestehen, da sie nicht oder kaum untereinander vernetzt werden können.

Die Aufklärung sei nicht in der Lage eine nationale strategische Aufklärungsfähigkeit sicherzustellen. Die erforderlichen Satellitensysteme müssen erst noch entwickelt und beschafft werden. Zusätzlich soll die taktische Aufklärung (Drohnen, Spähpanzer etc.) erhebliche Mängel haben. Die Mobilität einer Interventionsarmee sei kaum vorhanden. Die strategische Luftverlegefähigkeit sei nur minimal gegeben, eine Luftbetankungskapazität existiere wie ein strategischer Seetransport nicht. Die Wirksamkeit im Einsatz werde hauptsächlich durch die Fähigkeit der Präzisions- und Abstandsbe-
waffnung gewährleistet. Diese jedoch sei bisher nur gering vorhanden. Die meisten Waffensysteme seien veraltet oder entsprächen nicht mehr den Anforderungen. Im Bereich der Unterstützung und Durchhaltefähigkeit gäbe es zwar schon Elemente (z.B. MSE), die die Bundeswehr interventionsfähig machten. Insgesamt sei das Haupttransportsystem der Infanterie, die gepanzerten Transportpanzer M 113 und Fuchs, veraltet.

Die Überlebensfähigkeit der eingesetzten Truppenteile hänge wesentlich von den vorhandenen Schutzeinrichtungen ab. Zum Beispiel reiche der ABC-Schutz bei weitem nicht aus. Genausowenig verfüge die Bundeswehr über ausreichende Identifizierungssysteme zum Erkennen der eigenen Kräfte.

Es könne der Schluß gezogen werden, daß mit dem bisherigen Stand ihrer Ausrüstung die Bundeswehr ihre Fähigkeiten entweder kaum oder nicht im erforderlichen Maß ausüben könne.

Die Wirtschaftskooperation

Die Bundeswehr habe zwei elementare Bedürfnisse an einer Kooperation mit der Industrie. Erstens benötige sie die Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie, um einen starken nationalen und europäischen Rüstungsmarkt als Basis für ihre neuen machtpolitischen Ambitionen zu haben, um zukünftig zu den Großmächten gezählt werden zu können. Der „Weizsäcker-Bericht“ benennt diese Tatsache konkret. *„Die Rüstungskooperation ist ein integraler Bestandteil jeder gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland hat (...) ein elementares politisches wie ökonomisches Interesse daran, den künftigen Bedarf der Streitkräfte (...) durch eine leistungs- und wettbewerbsfähige europäische Technologie- und Rüstungsbasis zu decken.“* („Weizsäcker-Bericht“, S.116).

Das zweite Interesse der Bundeswehr an der Industrie sei die Nutzung ihrer Innovationskraft und die Übernahme von modernen Managementmethoden um in der Bundeswehr effizientere Betriebs- und Beschaffungsabläufe zu gewährleisten. Das Herz der strategischen Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Bundeswehr sei der am 15. Dezember 1999 abgeschlossene Rahmenvertrag „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“, dem bis zum Juni 2001 494 Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Firmen und Verbände beigetreten seien, weitere 14 Aufnahmeanträge lägen vor. Auf diesem Weg werde die Wirtschaftlichkeit in den Streitkräften erhöht, mit dem Ziel, Gelder aus Rationalitätsgewinnen für neue Rüstungsbeschaffungen zu schöpfen. Zudem entstehe ein Netzwerk von Aus-, Fort- und Weiterbildungskooperation, das länger dienenden Zeitsoldaten den Erwerb zivilberuflich nutzbarer Qualifikationen vor, während und nach der Dienstzeit ermögliche. Damit steigere die Bundeswehr die Attraktivität des Dienstes und könne so in den Unternehmen künftiges Bundeswehr-Personal rekrutieren.

Verantwortlich für die Schöpfung von Rationalisierungsgewinnen ist die „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ (GEBB), die am 22. August 2000 gegründet wurde. Die privatwirtschaftlich geführte GEBB mbH begleite 14 Pilotprojekte mit 22 zu vergebenden Vertragspaketen (bei drei Projekten werde laut „Sachstand“ ein Neuansatz nötig), analysiere potenzielle Beschaffungsmethoden, alternative Finanzierungsmodelle und schlage dem Verteidigungsministerium anhand unternehmerischer Kriterien den wirtschaftlichsten Realisierungsweg vor. Untersucht werde also, welche Leistungen am besten durch die Bundeswehr und/oder der Wirtschaft erbracht werden könne. Es fände sozusagen eine Privatisierung der Streitkräfte statt. Die Pilotprojekte werden geprüft und bei positiver Entscheidung auf die gesamte Bundeswehr übertragen. Die Schwerpunkte der Tätigkeit der GEBB lägen auf dem Gebiet des Liegenschaftsmanagements, der Bekleidungswirtschaft, des Managements der Fuhrparks, der Optimierung des Kommunikations- und Datennetzes sowie des Reisekosten- und Umzugsmanagements der Bundeswehr.

Die Bundeswehr-Führung kooperiere nicht nur mit dem industriellen Sektor. Das zivile Gesundheitssystem werde für die Bundeswehr immer attraktiver. *„Die Ausrüstung des Sanitätsdienstes wird für den Einsatz optimiert. Aus dieser Schwerpunktsetzung resultierende Lücken im Inland werden durch Abstützung auf das zivile Gesundheitssystem geschlossen.“* (Eckpfeiler, S.23). Der Betrieb von Bundeswehrkrankenhäusern und Instituten des Sanitätsdienstes diene künftig nicht mehr primär der klini-

schen Versorgung der SoldatInnen. Bundeswehrkrankenhäusern wird in der Zukunft eine ganz andere Rolle zugewiesen werden als bisher. Für die Weizsäcker-Kommission haben *"Bundeswehrkrankenhäuser (...) in Zukunft vor allem den Zweck, Fachpersonal zu qualifizieren, in Übung zu halten und auf Einsätze vorzubereiten."* ("Weizsäcker-Bericht", S.101). Dafür soll die Zahl der Bundeswehrkrankenhäuser verringert und die Krankenhäuser zu überregionalen unfall- und rettungsmedizinisch ausgerichteten Kliniken umgestaltet werden. Da es dann aber weniger Bundeswehrkrankenhäuser gäbe, müssen, so der Vorschlag der Kommission, *"in manchen Regionen noch mehr Soldaten in zivile Krankenhäuser überwiesen werden. Zum Ausgleich sollten in den verbleibenden klinischen Großeinrichtungen des Sanitätsdienstes in stärkerem Maße als bisher Kassenpatienten behandelt werden dürfen"* ("Weizsäcker-Bericht", S.101).

Die Empfehlungen der MitgliederInnen der Weizsäcker-Kommission verdeutliche, dass die bisherige Trennung von militärischem und zivilem Gesundheitssektor aufgehoben werden soll. Die bundeswehreigenen Krankenhäuser dienen lediglich zur Ausbildung und Rekrutierung von sanitätsdienstlichem und fachärztlichem Personal für den Einsatz außerhalb Deutschlands. Dem Prinzip des Outsourcing folgend soll die Bundeswehr den Ballast einer eigenen medizinischer Versorgung über Bord werfen. Somit fände eine Verbindung von Zivilem und Militärischem statt. Verwundete SoldatInnen sollen in zivilen Krankenhäusern behandelt und Kassenpatienten in Bundeswehrkrankenhäusern versorgt werden.

Die Qualifizierungs-und Bildungsoffensive und das Attraktivitätsprogramm

Die Qualifizierungs-und Bildungsoffensive sowie das Attraktivitätsprogramm sind Maßnahmen der Bundeswehr ihren hohen Personalbedarf einer (fast) Berufsarmee decken zu können, sowie die bereits in der Armee befindlichen SoldatInnen höher zu qualifizieren, da *"leistungs-und durchhaltefähige Einsatzeinheiten (...) auf einen hohen Anteil an qualifizierten Führern und Spezialisten angewiesen"* ("Grobausplanung",2.1) seien . *"Sie (die Qualifizierungs-und Bildungsoffensive) erlaubt den Streitkräften eine umfassende Ausschöpfung des Bewerberpotentials und die Nutzung der gesamten Breite von Fähigkeiten, Neigungen und Talenten"* ("Eckpfeiler", S.21). Die Bundeswehr soll bis zum Jahr 2006 aus mindestens 200.000 Berufs-und ZeitsoldatInnen bestehen. Nach dem Personalentwicklungskonzept der "Grobausplanung"

sollen es 195.600 Zeit- und BerufssoldatInnen und 27.000 freiwillig länger dienende Wehrpflichtige sein. Zusätzlich sollen altersbedingte Personalüberhänge beseitigt werden. Ältere Soldaten müssen den jüngeren SoldatInnen Platz machen. Die Bundeswehr sei zur Erkenntnis gelangt, dass aufgrund der Interventionseinsätze und hochtechnologisierten Waffensystemen die *„Menschen und ihre Fähigkeiten in der Bundeswehr (...) ihr größtes Kapital“* („Sachstand“, S.1) seien. Die Bundeswehr trägt weiter *„der Erkenntnis Rechnung, daß der Mensch die eigentliche Ressource der Wissens- und Informationsgesellschaft ist“* („Entscheidung“, S.9). Dazu muss sie mit den finanziellen wie sonstigen Vorteilen von Unternehmen und Verwaltungen konkurrieren. *„Die Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften muss einem Vergleich mit Wirtschaft und öffentlichem Dienst standhalten, um den Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs auch mittel- und langfristig decken zu können.“* („Eckwerte“, S.37). Der Anspruch der Bundeswehr besteht darin, dass jede(r) Soldat/in, im Vergleich zur Eintrittsqualifikation, einen höheren Grad an zivilberuflichen Qualifikationen erwerben kann. Das Ziel der Bundeswehr-Planer ist *„der länger dienende, erfahrene und gezielt für seine fachliche Verwendung ausgebildete Soldat.“* („Eckwerte“, S.37). Dazu hat die Bundeswehr-Führung Maßnahmen eingeleitet, die hauptsächlich im 6. Besoldungsänderungsgesetz und in der „Neuausrichtung“ beschrieben wurden.

Maßnahmen:

- Zu Beginn des Jahres 2001 werden alle Laufbahnen in den Streitkräften für Frauen geöffnet
- im Laufe des Jahres 2001 wird die Feldwebel- und Fachunteroffizierslaufbahn eingeführt
- in den Jahren 2001 und 2002 wird die Besoldung der Soldaten verbessert.
- im gleichen Zeitraum sollen Unteroffiziere frühzeitiger befördert und Offiziere in Kompanieverwendungen grundsätzlich nach A 12 besoldet werden
- einen sozialverträglichen Abbau des Zivilpersonals der Bundeswehr
- die unausgewogene Altersstruktur der Offiziere und Unteroffiziere wird bereinigt
- Verkürzung des Grundwehrdienstes auf neun Monate und Möglichkeit zur abschnittswise Ableistung ab dem Jahr 2002
- die Unteroffizierslaufbahn wird neu geordnet
- Besoldungsverbesserungen

Dieses Bündel von Maßnahmen wird mit einem jährlichen Finanzvolumen von 300-600 Mio. DM in den kommenden zehn Jahren subventioniert.

Einige der beschriebenen Maßnahmen sollen präziser untersucht werden. Alle Besoldungsverbesserungen seien eine Anpassung an den öffentlichen Dienst. So werde die Eingangsbesoldung für Zeitsoldaten ab dem 1. Januar 2002 von Besoldungsgruppe A1 auf A3 und für Kompaniechefs von A11 auf mindestens A12 steigen. In Prozentzahlen bedeutet das aus der Graphik auf Seite 6 der "Entscheidung" abzulesen, eine Erhöhung der Gehälter um 8- 10 %. Nach diesem Muster laufe auch die Erhöhung des Wehrsoldes bei freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen (FWDL). In dieser Gruppe wird, ebenfalls ab dem 1. Januar 2002, ein gestaffelter Wehrsold eingeführt. Die freiwillig länger dienenden Wehrpflichtigen sollen 624 DM zusätzlich als Anreiz erhalten. Diese Tatsachen lassen den Schluß zu, daß die Bundeswehr versuche, systematisch mit Geld Personal auf dem freien Arbeitsmarkt zu kaufen.

Mit der Änderung des Soldatengesetzes wird die Laufbahngruppe der Unteroffiziere neu geordnet. Dabei werden Truppendienst und Fachdienste unterschieden. Diese Änderung ist zentral. Bekanntlich sind die Unteroffiziere das "Rückgrat der Armee".

- Die Laufbahn der Feldwebel des Truppendienstes werde für SoldatInnen geschaffen, die Führungsverantwortung übernehmen wollen. Hauptsächlich als Einheitsführer oder Ausbilder.
- Die Laufbahn der Fachdienste werde für SoldatInnen geschaffen, die (noch) keine Führungsverantwortung übernehmen wollen.

In der Fachunteroffizierslaufbahn, vergleichbar im Handwerk mit der Gesellenebene, sollen zukünftige Spezialisten eine zivilberufliche Aus-und Weiterbildung erhalten. Die Fachfeldwebellaufbahn sei mit einer zivilberuflich anerkannten Meisterausbildung und Vorgesetztentätigkeit verbunden. Alle künftigen Laufbahnen der Unteroffiziere sei der Übergang in andere Laufbahnen erlaubt, auch in denen der Offiziere, und führen früh in Spitzenverwendungen.

In der Bundeswehr sollen die personellen Überhänge etwa 4.500 Berufsoffiziere und rund 3.500 Berufsunteroffiziere betragen. Diese personellen Überhänge scheinen für die Bundeswehr gefährlich zu sein. Denn insbesondere *"im Hinblick auf das erweiterte Aufgabenspektrum der Streitkräfte führt dies (die personellen Überhänge) letztlich zu einer Gefährdung der Einsatzbereitschaft."* ("Neuausrichtung", S.32). Deswegen werde im Personalanpassungsgesetz Zurruesetzungen von Berufssoldaten aller Laufbahngruppen ab dem 50. Lebensjahr ermöglicht. In der "Entscheidung" heißt es

dazu, daß *"kein Soldat gegen seinen Willen frühzeitig pensioniert"* ("Entscheidung", S.7) werden darf. Während in der "Neuausrichtung" dieser Sachverhalt etwas anders klingt. *"Die Regelungen (zur Zurruchesetzung von Berufssoldaten) dienen ausschließlich den Belangen der Bundeswehr und geben dem Soldaten keinen Rechtsanspruch auf eine der genannten Maßnahmen. Es findet auch keine Interessenabwägung statt, denn das Einzelinteresse an einer vorzeitigen Zurruchesetzung ist unerheblich. Die personalbearbeitenden Stellen prüfen lediglich, ob den militärischen Belangen besser durch Zurruchesetzung oder Weiterverwendung gedient ist."* ("Neuausrichtung", S.33). Die Bundeswehr geht bei der Umgestaltung der Streitkräfte sprichwörtlich über die "Leichen" ihrer eigenen Mitarbeiter. Zumindest belügt und betrügt die Bundeswehr-Führung ihre Untergebenen.

Nicht allein die beschriebenen Maßnahmen zur Attraktivitäts- und Qualifizierungssteigerung wurden von der Bundeswehr eingeleitet. Vielmehr versucht das Verteidigungsministerium die Attraktivität des Arbeitsplatzes Bundeswehr durch die Akzeptanz der Standorte durch die Soldaten und zivilen Mitarbeiter sowie ihre Familienangehörigen zu verbessern. Die Akzeptanz hängt vornehmlich von den schulischen und beruflichen Angeboten, dem Freizeit und dem Wohnwert sowie den Lebenshaltungskosten vor Ort ab. Ein wichtiger Faktor darin ist die Unterstützung für die Bundeswehr und ihre Angehörigen aus dem politischen und gesellschaftlichen Raum in der Region, die zur Nachwuchsgewinnung berücksichtigt werden muss.

Der Verteidigungshaushalt

Die bisherige Struktur der Finanzierung ging auf die alte Verteidigungsarmee zurück. Dort lag der Anteil der Personalkosten bei über 51%, circa 25% machten andere Betriebskosten aus, und knapp über 20% der Investitionsanteil. Schon im „Weizsäcker-Bericht“ wird diese Finanzierungsstruktur für eine Interventionsarmee als nicht durchführbar betrachtet. Gefordert wird eine Reduzierung der Personalkosten auf 45%, 25% andere Betriebskosten bleiben erhalten, während der entscheidende Teil, die Investitionskosten auf 30% angehoben werden sollen. Investitionskosten sind die Kosten, die durch Erforschung, Entwicklung und Kauf von Waffen- und Dienstleistungssystemen entstehen. An diesen Kosten läßt sich der Grad der Aufrüstung ablesen. Die Bundeswehr erhöht ihren Aufrüstungsbetrag um die Hälfte von 20% auf 30%.

Ein anderer Aspekt der Finanzierung muss ebenfalls betrachtet werden. Die Bundeswehr verfügte 1990 bei einer Stärke von ungefähr 500.000 Soldaten über 53,4 Mrd. DM. Heute dienen circa 335.000 Soldaten, die circa 50,3 Mrd. DM (46,8 Mrd. DM des Verteidigungshaushaltes, circa 2 Mrd. DM für die laufenden Balkaneinsätze und die 1,5 Mrd. DM Zuteilung aus dem Antiterrorpaket von Bundesfinanzminister Hans Eichel) zur Verfügung haben. Wenn sie ihre Zielstruktur im Jahr 2006 eingenommen haben wird, ist ihre Stärke bei circa 282.000 Soldaten angekommen und bei einem angenommenen gleichbleibenden Finanzvolumen von circa 50,3 Mrd. DM. Ein simples Rechenspiel bestätigt, dass

1990 bei einem Soldat circa 107.000 DM,
2001 bei einem Soldat circa 150.000 DM und
2006 bei einem Soldat circa 178.000 DM aufgewendet werden.

Die These, die sich mit diesem anfechtbaren, im Grunde aber richtigen Rechenspiel, aufstellen läßt, ist folgende. Die Bundeswehr wird quantitativ abgerüstet (von 500.000 auf 282.000), aber qualitativ durch die Erhöhung der Investitionen um die Hälfte beziehungsweise durch die Erhöhung um 60% der Ausgaben pro Soldat aufgerüstet.

Zusätzlich zum normalen Verteidigungshaushalt, dem Einzelplan 14, kann das Verteidigungsministerium Mehreinnahmen verbuchen. Durch die Vereinbarung des Verteidigungsministeriums mit dem Finanzministerium vom 14. Juni und 27. September 2000 verbleiben Effizienzgewinne (der GEBB), die aufgrund höherer Wirtschaftlichkeit oder gesenkter Betriebskosten entstehen, vollständig im Verteidigungshaushalt. Zusätzliche alternative Finanzierungsmöglichkeiten werden dem Verteidigungsministerium durch

- die Vermietung und die Veräußerung von Grundstücken,
- die Veräußerung von Material (Waffenverkäufe) sowie
- Dienstleistungen für Dritte gemacht und

dem Bundesverteidigungsministerium in Höhe von 80% bis maximal einer Mrd. DM im Jahr 2001 und ab 2002 bis maximal 1,2 Mrd. DM verbleiben.

Alle daraus resultierenden Gewinne werden vollständig für Investitionen in neue Rüstungsgüter genutzt. Im Haushaltsjahr 2001 ist eine Investitionsquote von über 25% des Verteidigungshaushalts eingeplant. Um die Investitionsquote von 30 % zu errei-

chen, wird in den folgenden Jahren eine Steigerung um jeweils 0,7% bis 1% angestrebt.

Die Wirtschaftlichkeit von Beschaffung und Betrieb

In der „Feinausplanung“ wird ausdrücklich *„wirtschaftliches Denken und Handeln auf allen Ebenen zur Führungsmaxime in der Bundeswehr“* erhoben („Feinausplanung“, S.12). Die Bundeswehr-Führung strebe die Übertragung von Betriebsabläufen und Kriterien der privaten Wirtschaft auf die Bundeswehr an. Der Charakter der Bundeswehr habe sich verändert. Die Bundeswehr sei zu einem Dienstleistungsunternehmen avanciert, das Projekt „Staatsunternehmen Bundeswehr“ sei gestrichen. Dieses Dienstleistungsunternehmen Bundeswehr richte sich nun nach marktwirtschaftlichen Kriterien aus, um seine „Dienstleistungen“ anbieten zu können. Vielleicht könne man das Beispiel des Global Players Bundeswehr heranziehen. Global Player im ökonomischen wie im militärisch-interventionistischen Sinn verstanden. Mit der Übernahme von Effizienzkriterien der Wirtschaft werde die organisatorischen Maßnahmen zur Herstellung der Wirtschaftlichkeit von Beschaffung und Betrieb eingeleitet. Im folgenden werden die fünf Bereiche aufgelistet, in denen Verfahren und Projekte zur Wirtschaftlichkeit installiert wurden.

CPM 2001: zur Straffung der Entwicklungs- und Beschaffungsabläufe für Wehrmaterial sei ein neues Verfahren zur Bedarfsermittlung- und deckung - Customer, Product, Management (CPM) 2001- entwickelt worden

Leitungscontrolling: In der Bundeswehr werde auf allen Ebenen ein durchgängiges Controllingsystem aufgebaut. Im Bundesverteidigungsministerium sei am 1. April 2001 der Stab Leitungscontrolling eingerichtet worden. Der Stab unterstütze den Verteidigungsminister bei der organisationsübergreifenden Steuerung und der Umsetzung des Ziels die Bundeswehr in eine Interventionsarmee umzustrukturieren. Das Leitungscontrolling stelle folglich die Zusammenhänge zwischen langfristigen Zielen, Leistungen, Befähigungen und Prozessen der Bundeswehr unter Berücksichtigung der finanziellen Zwänge her. Der Stab plane die Reihenfolge, lege die Dringlichkeit fest, sowie die Art und Struktur der jeweiligen Projekte.

IT-Direktor: Das Management der Informationstechnik (IT) werde seit dem 1. August 2000 neu geordnet. Die bisherigen zersplitterten Zuständigkeiten im IT-Bereich werden künftig bei einem IT-Direktor zusammengefasst. Der IT-Direktor habe die zentrale Kompetenz der Ermittlung des IT-Bedarfs, er lege die Dringlichkeit der einzelnen IT-Vorhaben fest, durch seine Verfügungsgewalt über die benötigten Finanzmittel und habe maßgeblichen Einfluss auf die Ausbildung des IT-Fachpersonals in den IT-Kompetenzzentren, der Ausbildungsstätten der IT-Kräfte der Bundeswehr.

Neugliederung im Rüstungsbereich: Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) bilde ab dem Jahr 2006 eine konzernähnliche Struktur innerhalb des Rüstungsbereichs aus, die nach den Grundsätzen einer modernen öffentlichen Verwaltung arbeiten werde. Die Dienststellen des BWB werden weitgehend eigenständige, unternehmerisch geführte und wettbewerbsfähige Konzerntöchter sein, wobei dem BWB die Rolle der Konzernmutter zukomme. Das BWB werde sich künftig in vier Projektteilungen gliedern, die entsprechend dem neuen Materialentstehungsgang (CPM 2001) die Projekte führen sollen. Hinzu kommen zwei Unterstützungsabteilungen, die technisch-wirtschaftliche und zentrale Serviceleistungen erbringen werden.

Strategische Partnerschaft mit der Wirtschaft:

Diese diene der Effizienzsteigerung und unterstütze modernes Management in der Bundeswehr. Wie bereits erwähnt, komme der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) dabei eine Schlüsselrolle zu. Ihre Aufgabe sei die Leitung des Ministeriums bei der Auswahl und Ausgestaltung von Beschaffungs-, Betriebs-, Finanzierungs- und Zahlungsmodalitäten zu beraten. Die GEBB sei in den Bereichen Informationstechnik (IT), der Kraftfahrzeugflotte, der Bekleidung, der Liegenschaften und deren Projekte tätig.

Resumee

Die Entwicklung der Bundeswehr, die sich vor unseren Augen vollzieht, ist erschreckend. Zum dritten mal seit den letzten 100 Jahren rüstet Deutschland eine Armee aus, um Kriege in Europa und der ganzen Welt führen zu können. Die rot-grüne Bundesregierung schafft in Struktur, in Ausbildung und Bewaffnung eine Armee, dessen einziges Ziel der Einsatz ist. Die einsatzfähigen Kräfte, die sogenannten

Einsatzkräfte, haben (bis zum Jahr 2006) 150.000 Frauen und Männer. Die Einsatzkräfte sind der interventionsfähige Teil der Bundeswehr. Nur sie sind in der Lage Krieg zu führen. Deshalb ist die Auflösung der Einsatzkräfte dringend erforderlich. Begriffe wie friedensschaffende-und erzwingende Operationen und Friedenseinsätze sollen verschleiern, um was es sich eigentlich handelt: Krieg.

Diese Kriege werden aus den altbekannten Gründen geführt. Es geht um den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen, um die Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen unter dem Deckmantel der Europäischen Union und der Nato und um die Aufzwingung des marktwirtschaftlichen Systems und „unserer“ Vorstellung von Demokratie in Weltregionen und bei Menschen, die dieser „unserer Fürsorge“ nicht bedürfen. Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping glauben einen deutschen Alleingang, der bisher das Ergebnis von zwei Weltkriegen war, zu verhindern und aus der Deutschen Geschichte gelernt zu haben. Wann die Bundesregierung die Bundeswehr in einen Einsatz schickt und als was dieser dient, darüber lässt die Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ keinen Zweifel aufkommen. *„Sie (Die Bundeswehr) unterstützt die Diplomatie, wenn zentrale Interessen auf dem Spiel stehen“* („Weizsäcker-Bericht“, S.23). Mit dieser Aussage ist bewiesen, daß Krieg wieder ein Mittel der Politik geworden ist.

Die Veränderung der Bundeswehr-Struktur hin zu einer interventionsfähigen Struktur der Armee, die

Beschaffung von neuartigen Waffen mit Präzisions-und Abstandsfähigkeit, der Kauf von Großraumflugzeugen zum strategischen Transport und die forcierte Entwicklung eines nationalen Aufklärungs-und Spionagesatelliten läßt nur den einen Schluß zu, daß sich Deutschland wieder als maßgeblicher Akteur auf der Weltbühne betätigen möchte.

Zu welchen Folgen der Umbau der Bundeswehr in eine kriegsführungsfähige interventionsbereite Armee geführt hat, läßt sich an den Einsätzen und Ermächtigungen für deutsche Soldaten in der Regierungszeit der rot-grünen Koalition erkennen. Eine „Schutztruppe“, die SFOR, für Bosnien, der erste Krieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 in Jugoslawien vom 24. März bis zum 10. Juni 1999, die darauf folgende Besetzung des Kosovo durch die KFOR, das Schutzmandat über Mazedonien im Spätsommer 2001, die Kriegsermächtigung verbunden mit der Vertrauensfrage Bundeskanzler Schröders am 16. November 2001 für den Einsatz im sogenannten „Kampf

gegen den Terror“, die deutsche Beteiligung an einer UN-(Besatzungs)Truppe für Afghanistan, die am 22. Dezember 2001 im Bundestag beschlossen wurde.

Ferner werden für diesen rot-grünen Drang nach Macht und Einfluß in der Welt kaum Schranken gesetzt. Im offiziellen Jargon Rudolf Scharpings heißt das dann, die Bundeswehr müsse *„qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands (!) im Bündnis sowie in den regionalen und überregionalen Organisationen entsprechen“* („Eckpfeiler“, S.12).

Die aufgeführten Tatsachen sind Dokumente einer unheilvollen und entmenslichten politisch-militärischer Entwicklung, die unter allen Umständen gestoppt werden müssen. Aus diesen genannten und noch anderen Gründen ist der Kampf gegen die Militarisierung von Politik und Gesellschaft sowie der Kampf gegen die Bundeswehr als Mittel des Krieges unerlässlich.

Der Autor dankt Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. für seine umfangreiche Hilfe für diesen Beitrag.

¹ Bestandsaufnahme- die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert vom 3. Mai 1999 im folgenden „Bestandsaufnahme“ genannt

² Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr- Bericht der Kommission an die Bundesregierung vom 23. Mai 2000 im folgenden "Weizsäcker-Bericht" genannt

³ Eckwerte für die konzeptionelle und planerische Weiterentwicklung der Streitkräfte vom 23. Mai 2000 im folgenden "Eckwerte" genannt

⁴ Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert- Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf vom 14. Juni 2000 im folgenden "Eckpfeiler" genannt

⁵ Neuausrichtung der Bundeswehr- Grobausplanung, Ergebnisse und Entscheidungen vom 11. Oktober 2000 im folgenden "Grobplanung" genannt

⁶ Entwurf des Ressortkonzepts zu Feinausplanung und Stationierung vom 29. Januar 2001 im folgenden "Feinausplanung" genannt

⁷ Die Bundeswehr der Zukunft- Ressortkonzept Stationierung vom 16. Februar 2001 im folgenden "Ressortkonzept" genannt

⁸ Material-und Ausrüstungskonzept für die Streitkräfte der Zukunft (MatKonz) vom 16. März 2001 im folgenden „Materialkonzept“ genannt

⁹ Die Bundeswehr der Zukunft- Sachstand der Reform vom 1. Juni 2001 im folgenden "Sachstand" genannt

¹⁰ Entwurf zum Gesetz der Neuausrichtung der Bundeswehr (Bundeswehrneuausrichtungsgesetz- BwNeuAusrG) vom 20. Juli 2001 im folgenden "Neuausrichtung" genannt

¹¹ Entscheidung der Bundesregierung- Zur Reform der Bundeswehr vom 25. Juli 2001 im folgenden "Entscheidung" genannt

¹² Siehe Pflüger, Tobias; Die neue Bundeswehr; Neuer ISP Verlag GmbH, Köln, 2.Auflage 1998

¹³ Der Amsterdamer Vertrag der Europäischen Union trat am 1. Mai 1999 in Kraft. In diesem Vertrag wurden die Grundlagen einer „Gemeinsamen Außen-und Sicherheitspolitik“ (GASP) markiert.

¹⁴ Das neue strategische Konzept der Nato wurde auf dem Gipfeltreffen der Nato-Mitgliedstaaten am 24./25. April 1999 aus der Taufe gehoben. Es beinhaltet unter anderem die unumschränkte Interventionsmacht außerhalb des Nato-Gebiets (Nicht-Artikel 5 Einsätze) mit der Legitimation der Selbstmandatierung.

¹⁵ Force-Pooling: Zusammenschluss von Truppen der Nato-Staaten in einem Pool zur gemeinsamen Nutzung

Force-Packaging: Zusammenstellung für die jeweilige Aufgabe geeigneter Truppen in einem Kontingent

Mission-Tailoring: die Einsatzaufgaben exakt aufzuteilen

¹⁶ Konzept der EU innerhalb der Nato-Strukturen europäische Strukturen aufzubauen und eine Außenpolitik in Abstimmung mit der Nato in Europa zu betreiben.

¹⁷ Konzept der EU einer eigenen Außen- und Militärpolitik. Beschlossen am 3. Juni 1999 auf dem Treffen der Regierungschefs des EU-Gipfels in Köln.

¹⁸ Am 19. Juni 1992 wurde von den Repräsentanten der Westeuropäischen Union (WEU) bei Bonn die "Petersberger Erklärung" beschlossen, die beinhaltet, dass humanitäre Einsätze und militärische Einsätze zur Krisenbewältigung und Friedenssicherung von der WEU künftig zu leisten sind. Dieses Spektrum an Einsätzen nennt man auch Petersberger Aufgaben.

¹⁹ Ein typischer Einsatz der Konfliktvorbeugung und Krisenbewältigung ist der aktuelle Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr

²⁰ Ein typischer Einsatz ist der Rettungseinsatz 1996 beim Hochwasser im Oder-Bruch

²¹ Friedenseinsätze sind Kampfeinsätze. Der Jugoslawien-Krieg 1999 gilt als Friedenseinsatz

²² Auch der "friedensschaffende Einsatz" ist ein Kriegseinsatz. Der Jugoslawien-Krieg gilt als "friedensschaffende Operation"

²³ Siehe Endnote 14

²⁴ Verpflichtungserklärung der Bundesregierung gegenüber der Nato am 24. März 1999, die Bundeswehr auf das gemeinsame Fähigkeitsprofil hin umzustrukturieren

²⁵ Verpflichtungserklärung der Bundesregierung gegenüber der EU, die Bundeswehr nach dem gemeinsamen Fähigkeitsprofil hin umzustrukturieren

²⁶ Vgl. Sander, Ulrich: Szenen einer Nähe - das große Rechtsum bei der Bundeswehr, Bonn 1998, Knab, Jakob: Falsche Glorie- das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995, Knorr, Lorenz: Rechtsextremismus in der Bundeswehr- deutsches Militär von Massenmördern geprägt ?, Frankfurt am Main 1998, Schäfer, Paul: Bundeswehr und Rechtsextremismus, Bonn/ Tübingen 1998.

²⁷ Vgl. Sander, Ulrich: Szenen einer Nähe - das große Rechtsum bei der Bundeswehr, Bonn 1998, Knab, Jakob: Falsche Glorie- das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995, Knorr, Lorenz: Rechtsextremismus in der Bundeswehr- deutsches Militär von Massenmördern geprägt ?, Frankfurt am Main 1998, Schäfer, Paul: Bundeswehr und Rechtsextremismus, Bonn/ Tübingen 1998.